



Publikationen des Umweltbundesamtes

Teilstudie

Schnittmengen zwischen den
Themen Umwelt, Gerechtigkeit
und Wohlfahrt im
wissenschaftlichen
Nachhaltigkeits- sowie
Sozialstaatsdiskurs

Forschungsprojekt im Auftrag des
Umweltbundesamtes
FuE-Vorhaben
Förderkennzeichen 205 17 103/02

Georg Wilke
Rainer Lucas
Melanie Krause
Antonio Brettschneider

Oktober 2006

Umweltforschungsplan des BMU
Förderkennzeichen (UFOPLAN) 205 17 103/02

„Weiterentwicklung der konzeptionellen Überlegungen zur ökologischen Gerechtigkeit als Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland auf der Grundlage von Experteninterviews und eines Fachgesprächs: Hauptstudie“

Teilstudie

Schnittmengen zwischen den Themen Umwelt, Gerechtigkeit und Wohlfahrt im wissenschaftlichen Nachhaltigkeits- sowie Sozialstaatsdiskurs

Bearbeitung:

Georg Wilke (Projektleitung), Rainer Lucas, Melanie Krause

Kooperationspartner:

Antonio Brettschneider (Universität Göttingen)

**Wissenschaftszentrum
Nordrhein-Westfalen**

Institut Arbeit
und Technik



Kulturwissenschaftliches
Institut

**Wuppertal Institut für
Klima, Umwelt, Energie
GmbH**

Institutsleiter

Prof. Dr. Peter Henicke

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Oktober 2006

Zur Einordnung der Studie

Die vorliegende Studie ist in den Jahren 2005/2006 im Kontext des Forschungsvorhabens „Weiterentwicklung der konzeptionellen Überlegungen zur Ökologischen Gerechtigkeit als Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland auf der Grundlage von Experteninterviews und eines Fachgesprächs: Hauptstudie“ vom Wuppertal Institut erarbeitet worden.

Aufgrund der Neuheit der Problemstellung wurde der Studie ein interdisziplinärer Workshop „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit als neues Thema der Nachhaltigkeitsforschung“ („Vorstudie“) vorangestellt, der vom Wuppertal Institut in Kooperation mit dem Umweltbundesamt am 12. Mai 2005 in Berlin veranstaltet wurde (vgl. Wilke et al. 2005).

Im Rahmen der darauf aufbauenden Hauptstudie wurden drei Teilstudien erarbeitet:

„Schnittstellen zwischen den Themen Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Wohlfahrt aus der Sicht umweltpolitisch relevanter Akteure“

„Schnittmengen zwischen den Themen Umwelt, Gerechtigkeit und Wohlfahrt im wissenschaftlichen Nachhaltigkeits- sowie Sozialstaatsdiskurs“

„Potenziale für ein Konzept Ökologischer Gerechtigkeit in ausgewählten Sozial-, Umwelt- und Nachhaltigkeits-Berichtssystemen“

Die durchgeführten Untersuchungen haben explorativen Charakter. Die Ergebnisse sollen einen ersten Überblick verschaffen, ohne damit einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Vertiefende sozialwissenschaftliche Analysen sollten ausdrücklich nicht durchgeführt werden. Soweit dies möglich war, stützen sich die Analysen daher auf bereits vorhandene Untersuchungen. Die durchgeführten empirischen Erhebungen bleiben notwendigerweise exemplarisch.

Die Studien sind in enger Abstimmung mit der Fachbegleitung im Umweltbundesamt entstanden. Für die zahlreichen konstruktiven Hinweise möchten wir uns bedanken.

Ebenfalls bedanken möchten wir uns bei den Forschern aus Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen, die sich für Expertengespräche zur Verfügung gestellt haben.

Die inhaltliche Verantwortung liegt selbstverständlich beim Wuppertal Institut.

Inhaltsverzeichnis	Seite
1 <i>Einleitung</i> _____	1
2 <i>Nachhaltige Entwicklung</i> _____	2
3 <i>Nachhaltigkeit als regulative Idee (ab 1998)</i> _____	7
4 <i>Integrative Problemorientierung und sozialpolitische Öffnung (ab 2002)</i> _____	10
4.1 Der Ansatz der Helmholtz-Gesellschaft _____	10
4.2 Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung 2002 _____	12
4.3 Fazit _____	14
5 <i>Gerechtigkeit im Spannungsfeld unterschiedlicher Prämissen</i> _____	16
5.1 Spannungsfelder im Nachhaltigkeitsdiskurs _____	16
5.2 Spannungsfelder im Sozialstaatsdiskurs _____	19
5.3 Positive und negative Zielsysteme _____	23
5.4 Fazit _____	24
6 <i>Ausbaufähige thematische Schnittmengen zwischen Nachhaltigkeits- und Wohlfahrtdiskurs</i> _____	26
6.1 Arbeitspolitische Vielfalt, Lebensqualität und Ökologie _____	26
6.2 Ressourcenproduktivität und Wohlstand _____	31
6.3 Nachhaltige Lebensstile, soziale Milieus und Wohlfahrt _____	33
6.4 Soziale Nachhaltigkeit und die Stärkung der Entwicklungs- und Problemlösungsfähigkeit _____	38
6.5 Fazit _____	41
7 <i>Perspektiven und Forschungsbedarf</i> _____	43
7.1 Zentrale Trends im Nachhaltigkeits- und Wohlfahrtdiskurs _____	43
7.2 Herausforderungen einer integrierten Sozial- und Umweltberichterstattung _____	45
7.3 Möglichkeiten zur Strukturierung des weiteren Diskurses _____	49
<i>Literaturverzeichnis</i> _____	52

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1: Unterschiedliches Naturverständnis und Zielpluralismus im „Drei-Säulen-Modell“ der Enquete-Kommission</i>	8
<i>Tabelle 2: Zielbereiche und die ihnen zugeordneten Regeln</i>	10
<i>Tabelle 3: Forschungsbedarf mit Blick auf eine integrierte Umwelt- und Sozialberichterstattung</i>	42
<i>Tabelle 4: Ordnungstypologie</i>	50

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Das Diskursfeld der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte</i>	5
<i>Abbildung 2: Leitbild der Mischarbeit auf der Basis verschiedener Arbeitsformen</i>	27
<i>Abbildung 3: Wechselwirkungen zwischen den Handlungsfeldern</i>	29
<i>Abbildung 4: Soziale Milieus und Nachhaltigkeit</i>	35
<i>Abbildung 5: Gemeinsame Nachhaltigkeits-Affinitäten in den verschiedenen Milieus</i>	36

1 Einleitung

Im dieser Teilstudie wird versucht, sozusagen aus der Vogelperspektive innerhalb der Diskurse über Nachhaltigkeit und die Reform des Sozialstaates Vorstellungen über Nachhaltigkeit, Wohlfahrt und Gerechtigkeit wie auch mögliche Schnittstellen zwischen den Vorstellungen in den beiden Diskursen aufzuspüren, die Anknüpfungspunkte für ein Konzept ökologischer Gerechtigkeit bieten könnten. Im Mittelpunkt steht dabei der Nachhaltigkeitsdiskurs.

Im Folgenden werden zunächst einige wichtige Veränderungen in der Entwicklung des deutschen Nachhaltigkeitsdiskurses nachgezeichnet (Kapitel 2, 3 und 4). Anschließend werden einige Spannungsfelder innerhalb des Nachhaltigkeits- und des Sozialstaatsdiskurses beleuchtet, die für die Thematisierung von Gerechtigkeit von Bedeutung sind (Kapitel 5). In Kapitel 6 werden anhand exemplarischer Studien und Ansätze mögliche Schnittmengen zwischen beiden Diskursen aufgezeigt, die sich in der Zukunft weiter ausbauen ließen. Die Studie schließt mit der Erörterung von Forschungsbedarfen und perspektivischen Überlegungen zur Gestaltung des weiteren Diskurses (Kapitel 7).

Im Verlaufe der Bearbeitung wurden folgende Expertengespräche geführt, die ein Hilfsmittel bei der Fortsetzung, Korrektur und Erweiterung der Analysen bildeten:

Nachhaltigkeitsdiskurs

- am 22.03.2006 mit Prof. Dr. Karl Werner Brand, Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V. (MPS)
- am 10.05.2006 mit Dipl.-Volksw. Jürgen Kopfmüller, Helmholtz-Gemeinschaft / Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) Karlsruhe

Sozialstaatsdiskurs

- am 08.02.2006 mit Prof. Dr. Michael Opielka, Fachhochschule Jena
- am 09.02.2006 mit Prof. Dr. Lutz Leisering, Universität Bielefeld
- am 22.02.2006 mit Prof. Dr. Frank Nullmeier, Universität Bremen

2 Nachhaltige Entwicklung

Mit den nachfolgenden Ausführungen soll aus einer strategisch-programmatischen Perspektive ein Überblick über zentrale Inhalte des Nachhaltigkeitsdiskurses in Deutschland¹ gegeben werden, soweit diese für das Themenfeld „Gerechtigkeit und Wohlfahrt“ von Bedeutung sind. Diese Debatte ist inzwischen breit gefächert, es liegen hierzu Beiträge aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen vor. Nachfolgend werden vor allem Beiträge berücksichtigt, die sich aus einer sozialwissenschaftlichen und politischen Perspektive des Integrationsproblems unterschiedlicher Handlungs- und Themenfelder im nationalen Politikkontext annehmen.

Zunächst wird an einige Meilensteine aus der internationalen Debatte erinnert, die auch für die deutsche Debatte eine besondere Relevanz haben. Hiernach wird – in der gebotenen Kürze – der deutsche Diskurs nachgezeichnet. Dabei werden erste Verbindungen zu Fragen einer ökologischen Gerechtigkeit hergestellt.

Programmatische Grundlagen

Die Grundidee der Nachhaltigkeit ist vom Ziel des Substanzerhalts geprägt, um dauerhafte Erträge zu ermöglichen. Dieses Prinzip, welches zuerst in der deutschen Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts formuliert wurde (Grober 1999; Kehr 1993), hat seit Mitte der achtziger Jahre Eingang in die internationale entwicklungspolitische Debatte gefunden. Mit dem Begriff der Nachhaltigen Entwicklung werden insbesondere die Probleme einer globalen Übernutzung der natürlichen Ressourcen, des Wachstums der Weltbevölkerung und die Risiken zukünftiger Entwicklung programmatisch umrissen. Als zentrale Dokumente dieser Problemkontexte können der Bericht an den Club of Rome „Grenzen des Wachstums“ und der Report der „Brundtland-Kommission“ (Our Common Future) angesehen werden.²

Bereits in dieser frühen Phase des internationalen Nachhaltigkeitsdiskurses wurden Gerechtigkeitsfragen virulent: Zum einen wurde deutlich, dass die Umweltgüter im globalen Maßstab von den Entwicklungsländern und den Industrienationen in sehr unterschiedlicher Weise genutzt werden. Im Nord-Süd-Vergleich betrifft dies sowohl die Aneignung der Ressourcen (Rohstoffe, fruchtbare Flächen, Wasser) als auch die Verteilung der Schäden.

¹ Vgl. auch folgende Überblicksstudien: Brand 1997; Münch 1998; Wollny 1999; Kopfmüller et al 2001; Rink 2001; SRU 2002; Dörre et al 2004; IFOK/RNE 2004; Rat für Nachhaltige Entwicklung 2004.

² Bereits in den 70er Jahren hatte es verschiedene Schritte eines gemeinsamen internationalen Vorgehens zum Schutz der Umwelt gegeben, z.B. Stockholmer Konferenz für menschliche Umwelt 1972 der UNO („Umweltschutzkonferenz 1972“). Auf Vorschlag der Stockholmer Konferenz wurde im gleichen Jahr durch die UN-Vollversammlung das UN-Umweltprogramm (UNEP = U.N. Environment Programme) ins Leben gerufen.

Zum anderen wurde aber auch offensichtlich, dass die Entwicklungsländer von Armut, Krankheit, Kindersterblichkeit in besonderer Weise betroffen sind und hier ein besonderer Entwicklungs- und Handlungsbedarf besteht.

Die viel zitierte Brundtland-Formel "Development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs" trug dieser Ausgangssituation Rechnung. Mit den gegenwärtigen Bedürfnissen waren vor allem die sozialen Probleme angesprochen, mit den Fähigkeiten zur Zukunftsgestaltung der gesamte Kanon sozialer, ökologischer und ökonomischer Entwicklungsmöglichkeiten.

Sachs (1997: 99) merkt hierzu an: „Die Formel wird von einer Zeitachse getragen. Das Wort dauerhaft selbst und der empfohlene Ausblick von der Gegenwart auf die Zukunft zieht die Welt von übermorgen in die Verhandlungs- und Konferenzräume von heute hinein. Dazu zwingt offensichtlich die Naturkrise“. Dass es gleichzeitig aber auch eine „Gerechtigkeitskrise“ gibt, bleibt, so Sachs, eher vage. „Denn offen bleiben zwei entscheidende Fragen. Welche Bedürfnisse? Und: wessen Bedürfnisse?“ Er kommt daher zu der Schlussfolgerung: „Angesichts der gespaltenen Welt heißt Unentschiedenheit in diesen Fragen, der Gerechtigkeitskrise auszuweichen.“

Dennoch kommt dem Brundtland-Bericht hinsichtlich der Gerechtigkeitsfragen eine wichtige Funktion bei der Herausarbeitung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung zu. Konstitutive Elemente dieses Leitbildes sind: die globale Problemsicht, die langfristige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Bekämpfung der Armut sowie die Wahrung von Entwicklungschancen der zukünftigen Generationen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht somit die Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse, um die Funktionsweisen natürlicher Systeme zu erhalten. Die Befriedigung der Bedürfnisse heutiger und zukünftiger Generationen ist primäres Ziel. Im Gegensatz zu herkömmlichen umweltbezogenen Konzepten stehen hier nicht der Schutz der Natur, sondern das Verhalten der Gesellschaft, menschliche Nutzungsansprüche und die Rolle der Natur in der gesellschaftlichen Zukunftsgestaltung im Mittelpunkt.

Als ein wichtiger Durchbruch zur Verständigung über das Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung kann die Konferenz für „Umwelt und Entwicklung“ von 1992 in Rio de Janeiro angesehen werden. Die Ergebnisse von Rio 1992, insbesondere die Rio-Deklaration, das Aktionsprogramm Agenda 21 sowie die globalen Abkommen zu Klima und Artenvielfalt haben die politische Agenda auf internationaler und nationaler Ebene verändert. Diese globalen Vereinbarungen wurden zehn Jahre später in Johannesburg mit einer Agenda zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern konkretisiert. Darin wird betont, dass die Veränderung nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen eine wesentliche Voraussetzung ist, um eine Nachhaltige Entwicklung voranzubringen.

Die Umsetzung der Agenda 21 beinhaltet die Erarbeitung von Strategien zur Förderung einer zukunftsfähigen Entwicklung gerade auch auf lokaler und regionaler Ebene. Dies umfasst die mittel- bis langfristige politische Absicherung der vereinbarten Ziele, gezielte

Zusammenarbeit mit Bürgern und lokalen Institutionen und die Stärkung der lokalen und regionalen Ökonomie. Mit der Agenda 21 wurde ein neues Politikmodell auf den Weg gebracht, welches über seine Beteiligungsmöglichkeiten mit dazu beitragen kann, dass die Verfahrensgerechtigkeit in politischen Prozessen erhöht wird.

Zur Debatte in Deutschland

Das auf internationaler Ebene diskutierte Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung hat den deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs erheblich beeinflusst. Allerdings ist festzustellen, dass der traditionelle Umweltschutzdiskurs damit nicht einfach beendet war, sondern zunächst den Nachhaltigkeitsdiskurs mit seinen explizit ökologischen Problemsichten mitprägte.

So wurden in der vom Deutschen Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (1994) ökologische Grundregeln für die Ressourcennutzung aufgestellt:

- Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen soll ihre Regenerationsrate nicht überschreiten.
- Nicht erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang genutzt werden, wie ein physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen oder höherer Produktivität der Ressourcen geschaffen wird.
- Stoffeinträge in die Umwelt sollen sich an der Belastbarkeit der Umweltmedien orientieren, wobei alle Funktionen zu berücksichtigen sind, nicht zuletzt auch die *stille* und empfindliche Regelungsfunktion.
- Das Zeitmaß anthropogener Einträge bzw. Eingriffe in die Umwelt muss im ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der für das Reaktionsvermögen der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse stehen.

Auch wenn andere Problemdimensionen zur Kenntnis genommen werden, so sind Problemverständnis und Problemanalyse eindeutig von einem naturwissenschaftlichen Verständnis ökologischer Zusammenhänge geprägt. Die natürlichen Zusammenhänge werden anthropozentrisch interpretiert, ihre zentrale Bedeutung für die „Aufrechterhaltung der für den Menschen unentbehrlichen Funktion der Natur als Quelle für erneuerbare und nicht erneuerbare Ressourcen, als Aufnahmemedium für Emissionen, als Regulationsmechanismus energetischer, biochemischer und klimatischer Kreisläufe sowie als Grundlage für das physische und psychische Wohlergehen des Menschen“ (Jörisen 2005: 22) wird herausgestellt.

Der hiermit verbundenen ökologischen Entwicklungspfade wurden durch Ansätze der ökologischen Ökonomie gestützt, die „principles of sustainable development“ und die Grundlagen einer „steady state economy“ formuliert haben (Pearce und Turner 1990, Daly 1990). Anschlussmöglichkeiten an andere ökonomische Theorien (Innovationstheorien, Wettbewerbstheorien, Wachstumstheorien) wurden in dieser Diskursphase kaum hergestellt.

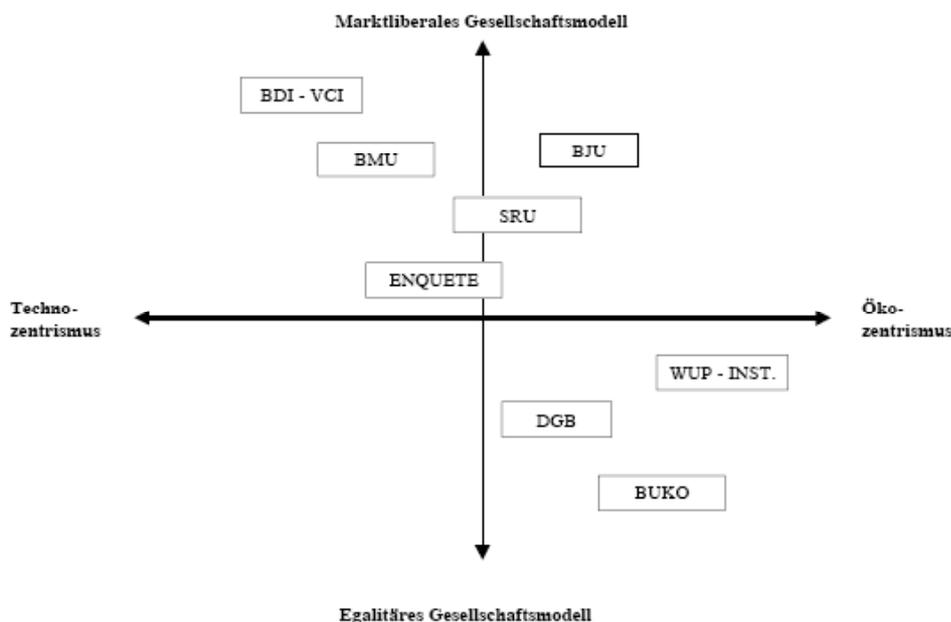
Die starke ökologische Fokussierung in wissenschaftlichen Studien und bei den Umweltverbänden fand schnell ihren Gegenpart in technologischen und ökonomisch ausgerichte-

ten Nachhaltigkeitskonzepten der Wirtschaft. Gleichzeitig zeichneten sich im Diskurs erhebliche Unterschiede im Regulationsverständnis ab. Brand und Jochum haben in einer Studie zum deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs (2000) die unterschiedlichen normativen Grundlagen der verschiedenen Ansätze offengelegt. Als Analyserahmen verwenden die Autoren ein Fadenkreuz (ebd.: 182ff.), das aus zwei Achsen besteht:

- die horizontale Achse bezieht sich auf das jeweilige Naturverständnis (technozentristisch³ vs. ökozentristisch) der Akteure und Konzepte;
- die vertikale Achse bezieht sich auf das jeweilige Entwicklungs- und Modernisierungsverständnis: marktliberales vs. egalitäres Gesellschaftsmodell („Erhalt des westlichen Wohlstandsmodells“ – „sich selbst beschränkendes Wohlstandsmodell“).

Insgesamt ergibt sich folgendes Bild der Diskurslandschaft der 90er Jahre:

Abbildung 1: Das Diskursfeld der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte⁴



Quelle: Brand/Jochum 2000

In dem hiermit aufgespannten Diskursfeld werden die empirisch ermittelten Positionen verortet, die bis Mitte der 90er Jahre von Bedeutung waren. Bei dieser Sichtweise auf den

³ Brand bezeichnet diesen Pol in früheren Arbeiten (1997) mit „anthropozentrischem Naturverständnis“. Dieser Ansatz wird als anthropozentrisch bezeichnet, da das Naturverständnis instrumentell auf die Erfüllung sozial definierter Bedürfnisse und ökonomischer Handlungszwecke der Menschen bezogen wird.

⁴ BDI/VCI = Bundesverband der Deutschen Industrie/ Verband der Chemischen Industrie; BUKO = Bundeskongress Entwicklungspolitischer Gruppen; DGB = Deutscher Gewerkschaftsbund; BJU = Bundesverband Junger Unternehmer; Enquete = Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages; SRU = Rat von Sachverständigen für Umweltfragen; Wup. Inst. = Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Nachhaltigkeitsdiskurs darf nicht übersehen werden, dass der Interpretationsrahmen von Brand und Jochum mit dazu beiträgt, dass kaum soziale Fragen thematisiert werden. Vor diesem Hintergrund wird auf die weitere Interpretation der damaligen Positionen im Einzelnen verzichtet.

Mit dieser Sichtweise wird ein Stück „ökologischen Zeitgeist“ der 90er Jahre strukturiert. Hiermit ist es möglich, unterschiedliche Problemsichten, Strategien und Konflikte

besser zu verstehen. Es kann aber im Folgenden gezeigt werden, dass diese „Grabenkämpfe“ wirklich der Vergangenheit angehören und inzwischen ein gemeinsamer Suchprozess nach Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung eingesetzt hat.

3 Nachhaltigkeit als regulative Idee (ab 1998)

In der durch den Deutschen Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ wurde versucht, die gegensätzlichen Positionen zu überwinden. Dies geschah zunächst durch die Entwicklung eines Drei-Säulen-Modells (Enquete-Kommission 1998:37), welches helfen sollte, die Schnittstellen zwischen sozialer, ökologischer und ökonomischer Entwicklung systematischer zu bestimmen und zu bearbeiten (Enquete-Kommission 1998, Minsch et al. 1998).⁵ Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft werden als unterschiedlich strukturierte eigenständige Subsysteme gesehen, die miteinander verbunden sind. Der Erhalt einzelner Subsysteme gewährleistet die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems (Enquete-Kommission 1998). Nachhaltige Entwicklung wird als regulative Idee verstanden.⁶ Damit werden auch die Fragen nach Ökologischer Gerechtigkeit dem weiteren gesellschaftlichen Diskurs überantwortet. Dieses Prozessmodell hat den öffentlichen Diskurs über Nachhaltige Entwicklung geprägt und beeinflusste als ordnendes Prinzip Programmatiken und Politikfelder. Die wechselseitigen Abhängigkeiten erfordern jedoch neue Abstimmungs- und Koordinationsmechanismen zwischen funktional ausdifferenzierten Teilbereichen. Diese werden unter Umständen sehr unterschiedlich gewichtet, was eine „Selbstbegrenzung der Eigendynamik systemspezifischer Entwicklungsrationaltäten unter dem Gesichtspunkt der ‚Vernetzung‘ unterschiedlicher Entwicklungsaspekte erforderlich macht“ (Brand 1997: 14).

Ökonomische und soziale Nachhaltigkeitsregeln werden mit Bezug auf den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen formuliert. Aber bereits in der Programmatik werden Konfliktlinien zwischen den Zielen der drei Dimensionen erkennbar.

„Bezogen auf die globalen Rahmenbedingungen wird von der Kommission nicht nur der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft – so ein ökonomisches Schutzziel - sondern auch eine ‚neue Logik des internationalen Wirtschaftens‘ (Enquete-Kommission 1998, 197) für nötig befunden, um intragenerative Verteilungsgerechtigkeit zwischen Nord und Süd verwirklichen zu können. Mit dem Begriff ‚sustainable society‘ wird eine Argumentationsfigur aus NGO-Kreisen übernommen und damit einem auf das Ziel der Ressourcenbewahrung reduzierten, ökologischen Nachhaltigkeitsverständnis eine an sozialer Gerechtigkeit orientierte Konzeption gegenübergestellt.“ (Brand/Jochum 2000: 78 f.)

⁵ Die Integrationserwartungen ließen sich allerdings aus unterschiedlichen Gründen nur teilweise einlösen. Das Säulenmodell förderte tendenziell die politische Arbeitsteilung, wie sie durch Ressorts und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bereits im politischen Alltag vorhanden war.

⁶ Vgl. dazu u.a. die einschlägigen Arbeiten von Karl Homann. Der Begriff der regulativen Idee soll deutlich machen, dass es sich nicht um ein fixes, ein für alle Mal feststehendes Ziel handelt. Nachhaltigkeit ist somit am ehesten vergleichbar mit Grundwerten wie Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie.

Nach Brand und Jochum lässt die Analyse „der verschiedenen Schutz- und Gestaltungsziele allerdings unterschiedliche Vorstellungen von Natur und nachhaltiger Entwicklung erkennen, die als konkurrierende Deutungsmuster das Konzept von nachhaltiger Entwicklung im Kommissionsbericht bestimmen“ (Brand/Jochum 2000: 79 vgl. Tabelle 1). Die widersprüchlichen Zielformulierungen kamen aufgrund unterschiedlicher Akteursgruppen innerhalb der Kommission zustande.

Differenzen ergeben sich vor allem in Bezug auf das Naturverständnis und die daraus abgeleiteten Zielen einer nachhaltigen Entwicklung.

Tabelle 1: Unterschiedliches Naturverständnis und Zielpluralismus im „Drei-Säulen-Modell“ der Enquete-Kommission

	Naturverständnis	Ziel "nachhaltiger Entwicklung"
Ökologische Säule	Natur als zusammenhängendes Ökosystem	Nachhaltigkeit von Struktur und Funktionen des Ökosystems
Ökonomische Säule	Natur als Ressource für wirtschaftliche Produktion	Dauerhaftes, ressourcenerhaltendes ökonomisches Wachstum; "sustainable growth"
Soziale Säule	Natur als psycho-physische Umwelt des Menschen	Dauerhafte soziale Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft; „sustainable society“

Quelle: Brand/Jochum 2000: 79

Folgt man dieser Ausdifferenzierung der Zielbereiche, so ergeben sich innerhalb des Nachhaltigkeitsdiskurses auch unterschiedliche Bezugspunkte für Gerechtigkeitsfragen. In dem Report des Wuppertal Instituts „Fair Future“ (Wuppertal Institut 2006) führt dies zu einer Dreiteilung der ökologischen Gerechtigkeit:

- Eine biosphärische-physikalische Gerechtigkeit (Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt)
- Eine intergenerationelle Gerechtigkeit (Beziehungen zwischen den gegenwärtig lebenden und den zukünftigen Generationen)
- Eine intragenerationelle Gerechtigkeit (Beziehungen zwischen den heute lebenden Menschen)

Vor dem Hintergrund dieser Einteilung wird deutlich, dass der programmatische Schwerpunkt der Enquete auf den ersten beiden Gerechtigkeitsfeldern lag. Die intragenerationelle Gerechtigkeit wird als soziale Voraussetzung einer ökologischen Modernisierung gesehen⁷, aber nicht als eine eigenständige Gestaltungsdimension der Nachhaltigen Entwicklung.

⁷ Zum Begriff der „Ökologischen Modernisierung“ vgl. Jänicke 1993.

"Die sozialen Voraussetzungen für einen bruchlosen ökologischen Strukturwandel (seien) zu gewährleisten. Ökologische Modernisierung ist ohne Sozialverträglichkeit nicht durchsetzbar" (Enquete-Kommission 1998: 61). Als Bedingungen hierfür werden neben "Versorgungssicherheit" und der "Beseitigung der Arbeitslosigkeit" "Frieden (...), vorsorgender Gesundheits- und Arbeitsschutz, soziale Stabilität, Rechtssicherheit und parlamentarische Demokratie, Erhaltung und Weiterentwicklung des Sozialstaats, Lebensqualität, Erhaltung der Handlungsautonomie und Akzeptanz in der Bevölkerung" (ebd.: 61) genannt.

Die sozialen Ziele wurden aber nicht durch gesonderte Gutachten „unterfüttert“. Ihre Erwähnung war wichtig für den programmatischen Konsens, und von zentraler Bedeutung für das Nachhaltigkeitsverständnis im Sinne einer Sustainable Society.

Getragen wird der Bericht von der Vision einer sozial gerechteren und demokratischeren Gesellschaft: "Eine dauerhaft soziale Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft (sustainable society) ist ebenso Voraussetzung für die langfristige Sicherung unserer Lebensqualität, wie der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Das Leitbild einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung schließt damit die Interessen künftiger Generationen ebenso wie die der derzeit lebenden Generationen im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit ein" (ebd.: 491).

Hinsichtlich der Problemorientierung ist der Ansatz der Enquete-Kommission mehrdimensional angelegt. Soziale und demokratische Entwicklung werden als eine Voraussetzung benannt, um die ökologischen Ziele der Nachhaltigkeit verfolgen zu können. Damit wird angedeutet, dass die Verwirklichung ökologischer Ziele an soziale und ökonomische Bedingungen geknüpft ist. Umgekehrt wird allerdings nicht dargelegt, welche Bedeutung die Umweltqualität und die Umweltgerechtigkeit für die Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft haben können. Sozialwissenschaftliche Fragen und besonders solche im Zusammenhang mit Lebensstilen und Konsummustern bleiben damit unterbelichtet oder werden gar ausgeblendet. Der mögliche ökologische Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung kommt nicht systematisch ins Blickfeld⁸.

⁸ Die hiermit verbundenen Herausforderungen für die Umweltkommunikation thematisiert Wehrspau (2001).

4 Integrative Problemorientierung und sozialpolitische Öffnung (ab 2002)

4.1 Der Ansatz der Helmholtz-Gesellschaft

Aufgrund der dargestellten Kritiken und Probleme am Drei-Säulen-Modell gab es in der Folge verstärkt Bemühungen, die Integrationsprobleme konzeptionell zu überwinden. Exemplarisch soll dies am Beispiel des Projektes „Global zukunftsfähige Entwicklung – Perspektiven für Deutschland“ der Helmholtz-Gesellschaft (HGF) nachvollzogen werden. Das Projekt war als Netzwerkprojekt zwischen den verschiedenen Zentren der HGF angelegt, um deren unterschiedliche Kompetenzen zu aktivieren und zu bündeln. Zentrales Ziel des Projektes war es, Handlungs- und Orientierungswissen für die Umsetzung einer zukunftsfähigen Entwicklung in Deutschland zu erarbeiten. Die hiermit befassten Wissenschaftler waren auch in beratender Funktion bei der Erstellung einer Nachhaltigkeitsstrategie der rot-grünen Bundesregierung tätig.

Das Projekt betrachtet in der Analyse von Nachhaltigkeitsdefiziten Nachhaltigkeit in vier Dimensionen: Ökonomische, ökologische, soziale und politisch/institutionelle Nachhaltigkeit (vgl. Kopfmüller et al. 2001). Bei der Entwicklung von Nachhaltigkeitszielen bleiben die Einzelprobleme in den jeweiligen Säulen im Hintergrund; stattdessen werden grundlegende gesellschaftliche Entwicklungsziele formuliert, die in der Tradition des Entwicklungsparadigmas der Brundtland-Kommission stehen (Coenen/Grunwald 2003):

- Sicherung der menschlichen Existenz
- Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotenzials
- Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten

Diesen Zielen werden „Regeln“ zugeordnet:

Tabelle 2: Zielbereiche und die ihnen zugeordneten Regeln

Ziele→ \ Regeln↓	1. Sicherung der menschlichen Existenz	2. Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotenzial	3. Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten
	1.1 Schutz der menschlichen Gesundheit	2.1 Nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen	3.1 Chancengleichheit im Hinblick auf Bildung, Beruf, Information
	1.2 Gewährleistung der Grundversorgung	2.2 Nachhaltige Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen	3.2 Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen
	1.3 Selbständige Existenzsicherung	2.3 Nachhaltige Nutzung der Umwelt als Senke	3.3 Erhaltung des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt
	1.4 Gerechte Verteilung der Umweltnutzungsmöglichkeiten	2.4 Vermeidung unvertretbarer technischer Risiken	3.4 Erhaltung der kulturellen Funktion der Natur

Ziele→ \ Regeln↓	1. Sicherung der menschlichen Existenz	2. Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotenzial	3. Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten
	1.5 Ausgleich extremer Einkommens- und Vermögensunterschiede	2.5 Nachhaltige Entwicklung des Sach-, Human- und Wissenskapitals	3.5 Erhaltung der sozialen Ressourcen

Quelle: Kopfmüller et al.: 172

Dieses Zielsystem stellt einen neuen Ordnungsvorschlag für den Nachhaltigkeitsdiskurs dar. Die klassischen Dimensionen des Nachhaltigkeitsdiskurses rücken in den Hintergrund, sie gehen zwar in die Regeln ein, bestimmen aber nicht deren Struktur. So ist zu erkennen, dass die übergeordneten Ziele durch unterschiedliche Regeln erreicht werden können und hierbei ökologische, soziale und ökonomische Regelatbestände unterschiedliche Bedeutung erlangen. Mit dem Punkt I.5 werden explizit intragenerationelle Verteilungsfragen angesprochen (Ausgleich extremer Einkommens- und Vermögensunterschiede), mit dem Punkt III.3 explizit eine zentrale Frage biosphärisch-physikalischer Gerechtigkeit (Gerechtigkeit gegenüber der Mit- und Umwelt). Die nachhaltige Entwicklung des Sach-, Human- und Wissenskapitals wird als Gegenstand intergenerationeller Gerechtigkeit gesehen. Das Regelsystem ist also für die verschiedenen Gerechtigkeitsaspekte offen.

Grundsätzlich sind alle Ziele mit Verteilungsfragen verknüpft, sobald die Frage gestellt wird, welcher Aufwand betrieben werden muss, um die Ziele zu erreichen und wer die Kosten (Zeit und Geld) hierfür tragen soll. Die hiermit verbundene Konflikthaftigkeit soll an einem Beispiel deutlich gemacht werden.

Vor dem Hintergrund veränderter wohlfahrtstaatlicher Regulierung kommt dem Punkt „Selbständige Existenzsicherung“ derzeit eine große Bedeutung zu. Thematisch sind mit dem Stichwort „Existenzsicherung“ erhebliche Erweiterungen verbunden: Betrachtet werden nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch soziale Kontexte. Als nicht nachhaltig können somit auch alle sozialen Entwicklungen identifiziert werden, die zu Lasten kommender Generationen gehen: Staatliche und private Verschuldung, denen keine Zukunftsinvestitionen gegenüberstehen, Ausbildungsplatzmangel, Massenarbeitslosigkeit sowie die zunehmenden Disparitäten in den sozialen Sicherungssystemen.

Wenn zur Veränderung der nicht nachhaltigen Sozialverhältnisse nun zusätzliche finanzielle Ressourcen mobilisiert werden müssen, so stellen sich sowohl klassische Verteilungsfragen, mit Blick auf die längerfristige Entwicklung aber vor allem Zugangsfragen zum Arbeitsmarkt bzw. zum Bildungssystem.

Kopfmüller deutete in dem mit ihm geführten Interview an, dass aus seiner Sicht nur solche Mittel und Methoden für mehr Gerechtigkeit sorgen können, die alle Mitglieder der Gesellschaft erreichen und die in der Lage sind, nachvollziehbar Differenzen im Leistungsvermögen oder der Bedürftigkeit der Menschen zu berücksichtigen. Dies sei am ehesten dem Steuersystem zuzutrauen (und nicht einer problembezogenen Abgabenpolitik). Die

möglichen Ausgleichsmechanismen werden damit selbst zu einem Gegenstand von Gerechtigkeitsfragen, aber auch ordnungspolitische Fragen (kollektive oder individuelle Verantwortung) spielen bei der Auswahl der Ausgleichsmittel eine Rolle.

Aufgrund des unterschiedlichen Charakters dieser Ziele (Schutz-, Gestaltungs- und Entwicklungsziele) können je nach Bereich unterschiedliche Regeln und Institutionen gefordert zu sein: z.B. bei den Schutzziele der Staat durch Normensetzung, bei den Gestaltungs- und Entwicklungszielen können auch marktliche Anreize und Wissenstransfer eine wichtige Rolle spielen. Bei den Gestaltungs- und Entwicklungszielen geht es in viel stärkerem Maße um Rechte und Pflichten hinsichtlich des Zugangs und der Teilhabe.

4.2 Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung 2002

Der im HGF-Projekt verfolgte Ansatz einer problemorientierten Zielintegration wurde durch die Bundesregierung 2002 mit Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland aufgegriffen (Bundesregierung 2002). Sichtbarer Ausdruck der Integration ist die Konkretisierung eines Nachhaltigkeitsleitbildes für Deutschland, dass zu vier Themenfeldern gebündelt wurde: Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, Sozialer Zusammenhalt und Internationale Verantwortung. Mit den Begriffen Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt wurden deutliche Akzente hinsichtlich einer sozialen Öffnung des Nachhaltigkeitsdiskurses gesetzt. Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt werden dabei wie folgt definiert:

Lebensqualität: „Für die Lebensqualität ist eine intakte Umwelt unverzichtbar. Aber Lebensqualität umfasst mehr. Zu ihr gehören Gesundheit, persönliche Entfaltungsmöglichkeiten, befriedigende Arbeit, angemessener Wohnraum, ausreichendes Einkommen, gesellschaftliche Anerkennung ebenso wie gute Schulen, eine lebenswerte und sichere Stadt mit vielfältigen kulturellen Angeboten.“ (Bundesregierung 2002, 13).

Sozialer Zusammenhalt: „Gelebte Solidarität und sozialer Zusammenhalt sind elementare Voraussetzungen einer lebenswerten, sozial gerechten und wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaft. Nur auf dieser Grundlage können wir die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen und den Strukturwandel in der Wirtschaft und der Arbeitswelt aktiv gestalten. Armut und sozialer Ausgrenzung so weit wie möglich vorzubeugen, eine Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer zu verhindern, alle Bevölkerungsschichten an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen, diese Elemente kennzeichnen die soziale Dimension der nachhaltigen Entwicklung. Sozialer Zusammenhalt ist nicht nur eine Frage funktionierender sozialer Sicherungssysteme. Auch die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen kann den sozialen Zusammenhalt gefährden.“ (ebd., S. 13-14).

Insbesondere mit den Ausführungen zum sozialen Zusammenhalt wird das Verständnis von sozialer Nachhaltigkeit präzisiert. Allerdings wird noch nicht aufgezeigt, welche Rolle die Strategien für ein nachhaltiges Wirtschaften und Konsumieren dabei spielen könnten, die hiermit verbundenen Ziele zu erreichen.

In der Nachhaltigkeitsstrategie wurden 21 Schlüsselindikatoren formuliert, mit deren Hilfe der Stand einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland überprüft werden kann. Die hierdurch gewonnenen Ergebnisse sollen der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie, der zukünftigen Orientierung und der Erfolgskontrolle dienen.

21 Indikatoren für das 21. Jahrhundert sind

1. Energie- und Rohstoffproduktivität
2. Emissionen der sechs Treibhausgase des Kyoto-Protokolls
3. Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch
4. Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche
5. Entwicklung der Bestände ausgewählter Tierarten
6. Finanzierungssaldo des Staatssektors
7. Investitionsquote
8. Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung
9. Ausbildungsabschlüsse der 25jährigen und Zahl der Studienanfänger
10. Bruttoinlandsprodukt
11. Transportintensität u. Anteil der Bahn an der Güterverkehrsleistung
12. Anteil des ökologischen Landbaus und Gesamtbilanz Stickstoff-Überschuss
13. Schadstoffbelastung der Luft
14. Zufriedenheit mit der Gesundheit
15. Zahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle
16. Erwerbstätigenquote
17. Ganztagsbetreuungsangebote
18. Verhältnis der Bruttojahresverdienste von Frauen und Männern
19. Zahl der ausländischen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss
20. Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit
21. Einfuhren der EU aus Entwicklungsländern

(Quelle: http://www.fona.de/de/2_strategie/nationale_nachhaltigkeitstrategie/indikatoren.php)

Aus wissenschaftlicher Sicht sind Auswahl und Umfang der Indikatoren kritisiert worden (vgl. Diefenbacher et al. 2004). Bei der weiteren Entwicklung dieses Indikatorensystems sollten vor allem die Erfahrungen mit regionalen Nachhaltigkeitsindikatoren stärker Berücksichtigung finden (vgl. auch Korczak 2004).

Die Breite des Themenkatalogs in der Nachhaltigkeitsstrategie hat den Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) veranlasst, die Heterogenität und Willkürlichkeit der Zielstruktur zu kritisieren, die eher einem allgemeinen Reformprogramm als denn dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung gerecht werde. „Der Umweltrat hat stets ein vorrangig ökologisches Verständnis von nachhaltiger Entwicklung vertreten (das allerdings die Berücksichtigung sozialer, ökonomischer und sonstiger Belange einschließt). Die vorliegende Nachhaltigkeitsstrategie hat demgegenüber den Charakter eines zukunftsbezogenen Reformkonzeptes mit einer vergleichsweise heterogenen Zielstruktur. Es ist abzuwarten, ob und in welchem Maße die Verknüpfung der Umweltfrage mit einer Reihe anderer Reform-

themen produktive Lerneffekte und neue Allianzen zur Folge hat oder aber eine Hyperkomplexität schafft, die nicht zu bewältigen ist.“ (SRU 2002: Kap. 3.1.1.9.4.)

Positiv gewendet kann diese Kritik dazu führen, dass in Zukunft Konzepte der nachhaltigen Gestaltung der Infrastruktursysteme Verkehr, Wasser und Abfall nicht nur ökologisch bilanziert werden, sondern auch der positive Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zum Ausgleich sozialer Konfliktlagen etc. gewürdigt wird. Damit diese Leistungen auch in der gesellschaftlichen Wahrnehmung an Stellenwert gewinnen, ist eine Veränderung bzw. Erweiterung der bestehenden Systeme zur Umwelt- und Sozialberichterstattung notwendig.

4.3 Fazit

Insgesamt zeigt sich an der Diskursentwicklung, dass das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland lebhaft diskutiert wird. Es gibt ein weites Spektrum bei der Interpretation der normativen und konzeptionellen Grundlagen dieser regulativen Idee. Die anfänglich stark vertretene ökologische Problemorientierung ist einer allgemeinen Reformagenda gewichen (vgl. SRU 2002). Im Prinzip werden nun alle generationenübergreifenden Zukunftsprobleme als Nachhaltigkeitsprobleme definiert. Gegenüber den allgemeinen globalen Entwicklungsproblemen rücken nationale und regionale Zukunftsfragen in den Vordergrund. Damit einher geht auch ein Wandel der Diskursordnung. Das Strukturprinzip „Probleme“ wird abgelöst durch das Strukturprinzip „Entwicklung“, negative Zielsysteme (z.B. Schadensvermeidung) werden durch positive Visionen (Möglichkeitsräume) ersetzt. Damit rücken materielle Verteilungsfragen (Wer bekommt was?) und die damit verbundenen kompensatorische und auf Ausgleich gerichtete Verfahren in den Hintergrund, Zugangsfragen zu den Entwicklungspotenzialen gewinnen an Bedeutung (Wer kann welche Chancen wahrnehmen?).

Die breite Rezeption des Konzepts sollte aber nicht mit einem gesellschaftlichen Konsens über klare politische Ziele verwechselt werden. Sie liegt vielmehr an der Unschärfe der Begriffe und diffusen Formulierungen wie auch an fehlender Operationalisierung und politischer Instrumentalisierung, wodurch ein möglichst hohes Maß an internationaler Konsensfähigkeit geschaffen werden soll (vgl. z.B. Eblinghaus/Stickler 1996; Jischa 1999; Brand 2000a).

Die Übertragbarkeit der globalen universellen Entwicklungsziele auf lokale Betrachtungsräume und Teilssegmente ist elementar, um den abstrakten Zielen Substanz und Prägnanz zu geben. Der ursprüngliche Bottom-Up-Ansatz ist mittlerweile in den Hintergrund gerückt. Eine umfassende zivilgesellschaftliche Mobilisierung anhand der Themen ist ausgeblieben, demgegenüber haben die staatliche Nachhaltigkeitspolitik und sektorale Politikfelder (repräsentiert durch Verbände) stärker an Gewicht gewonnen.

In ökonomischer Hinsicht wird das nachhaltige Produzieren und Konsumieren zu einem Schlüsselfaktor für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung. Zunehmend können

sich ökologische Produkte und Dienstleistungen im internationalen Wettbewerb behaupten und erzielen nennenswerte Marktanteile. Angesichts wachsender Rohstoff- und Energiepreise wird die Material- und Energieeffizienz zu einem relevanten Wettbewerbsfaktor, integrierte Recyclingstrategien tragen dazu bei, dass systematisch Primärrohstoffe geschont werden. Zahlreiche deutsche Großunternehmen verfolgen eine Nachhaltigkeitsstrategie und sind damit erfolgreich. Im Rahmen der selbst gesteckten Ziele einer Corporate Social Responsibility stellen sie hohe Anforderungen an ihre Geschäftsprozesse und sind bereit, die hiermit verbundenen Entwicklungen zu dokumentieren.

5 Gerechtigkeit im Spannungsfeld unterschiedlicher Prämissen

5.1 Spannungsfelder im Nachhaltigkeitsdiskurs

Innerhalb des Nachhaltigkeitsdiskurses lassen sich verschiedene Spannungsfelder ausmachen, die aus unterschiedlichen Deutungen einzelner Elemente des Nachhaltigkeitskonzeptes resultieren (vgl. auch Jörissen 2005, Brand/Jochum 2000):

- (1) Wahrnehmung aktueller Bedürfnisse vs. Erhalt der Optionen zukünftiger Generationen
- (2) Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Substanzerhalt) vs. Entwicklungschancen
- (3) Entwickelte vs. gering entwickelte Länder; arme vs. reiche Regionen

Zu 1:

Das erste Spannungsfeld ist bereits in der bekannten Brundtland Formel angelegt: Die Bedürfnisse der Gegenwart sollen befriedigt werden ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können (Hauff 1987: 46).

Die hiermit verbundenen Konflikte umgehen einige Nachhaltigkeitsansätze, indem sie die Fragen einer internationalen Verteilungsgerechtigkeit und deren Folgen für die Naturnutzung gar nicht erst stellen oder den Standpunkt vertreten, „dass nur der Aspekt der Verantwortung für künftige Generationen konstitutiv für das Leitbild der Nachhaltigkeit sei“ (Jörissen 2005, 14). In der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/Misereor 1996) wird von gleichen Nutzungsrechten aller Menschen an den global zugänglichen Umweltgütern ausgegangen. Daraus werden Schlussfolgerungen für eine ressourceneffiziente Produktion und Konsumtion in den Industrieländern gezogen. Die hiermit verbundenen Strategien zur Absenkung des gesamtgesellschaftlichen Energie- und Stoffdurchsatzes münden in ein neues ressourcenleichtes Wohlstandsmodell. Der Konflikt mit den bestehenden Bedürfnissen und Konsummustern wird dadurch umgangen, dass implizit ein Wertewandel unterstellt wird. Die Wahrnehmung der Lebensqualität wird an die veränderten subjektiven Wertschätzungen gekoppelt.

Eine andere Möglichkeit mit der Herausforderung ressourcenarmer Produktions- und Konsumtionsmuster umzugehen, wäre, die objektiven „Entkopplungsgewinne“ zu beschreiben (z.B. Kosteneinsparung durch Materialeffizienz, Gesundheit durch fleischarme Ernährung und biologisches Bauen). Im Rahmen solcher Win-Win-Optionen wird es auch notwendig, sich mit der realen Wohlstandsentwicklung auseinanderzusetzen. Hierbei können sich Berührungspunkte zu den Konzepten der Wohlfahrtentwicklung über ein gemeinsames Verständnis von Lebensqualität ergeben (vgl. Noll 2000). Trotzdem wird aus Sicht der Nach-

haltigkeit immer auch kritisch zu überprüfen sein, inwieweit die aktuelle Lebensqualität Auswirkungen auf die globale Dimension der Umweltnutzung und des Ressourcenverbrauchs hat. Soll allen Menschen das deutsche Wohlfahrts- und Konsumniveau zugestanden werden, was bedeutet dies für die Tragfähigkeit der globalen Ökosysteme? Noll (2000, 18) bringt den möglichen Konflikt auf den Punkt: „Mit welchem Recht – so könnte man fragen – können die heutigen Wohlstandsgenerationen den zukünftigen Bescheidenheit und Enthaltbarkeit verordnen?“

Strategien zur Verbesserung der Lebensqualität müssen räumlich und zeitlich übertragbar sein. Die Überprüfung dieses Ziels setzt eine entsprechende räumliche und zeitliche Dimensionierung von Berichtssystemen voraus. Wenn eine quantitative Erfassung auf Grenzen der Datenbeschaffung stößt, sollten zunächst qualitative Beschreibungen neuer Wohlstandsmodelle und der hiermit verbundenen Vorteile erfolgen. Diese in bestehende Berichtssysteme zu integrieren, muss als eine noch nicht gelöste Herausforderung angesehen werden.

Zu 2:

Das Spannungsfeld zwischen Entwicklung und Potenzialerhalt wird heute meistens mit den Stichworten einer „starken“ oder „schwachen“ Nachhaltigkeit gekennzeichnet (Ott 2001, Neumayer 1999). Ansätze der schwachen Nachhaltigkeit gehen davon aus, dass natürliche Funktionen in gewissem Maße durch Technologien und Kapital ersetzt werden können. Nach Jörissen (2005) sollten die Stärken beider Konzepte genutzt werden: Begrenzte Substitution von Naturkapital durch künstliches Kapital, sofern grundlegende Funktionen der Natur erhalten bleiben (ebd.). Dies bleibt allerdings eine Leerformel, solange die grundlegenden Funktionen nicht näher definiert werden. Neumayer (1999) spricht in diesem Zusammenhang von der Erhaltung des „kritischen Naturkapitals“ und meint hiermit die grundlegenden Funktionen zum Erhalt der global commons (Biodiversität, fruchtbarer Boden, Klima, Luft und sauberes Wasser).⁹

Die Konzeptionen starker und schwacher Nachhaltigkeit beeinflussen auch das Gerechtigkeitsverständnis. Aus umweltökonomischer Sicht werden in Konzeptionen der starken Nachhaltigkeit die naturbezogenen Ressourcen als endlich angesehen. Durch eine solche Annahme verengen sich die Verteilungsspielräume. Gleichzeitig können sich auch Ungleichheiten im Zugang zu diesen Gütern verschärfen. In den Konzeptionen der schwachen Nachhaltigkeit stellt sich dieses Problem zumindest nicht in dieser Schärfe. Durch den Einsatz von Kapital und Technologie kann das Knappheitsproblem entschärft werden, ergo auch mögliche Verteilungskonflikte. Allerdings stellt sich hier unter Gerechtigkeitsaspekten die Frage, wer über Zugang zu diesen Mitteln (Kapital; Technologien) verfügt und wer entscheidet, ob diese eingesetzt werden. Als paradigmatisch kann in diesem Zusammen-

⁹ vgl. hierzu auch die begrifflichen Klärungen durch Bahn-Walkowiak (2006).

hang die Auseinandersetzung über den Einsatz genmanipulierten Saatguts in der Landwirtschaft angesehen werden.

Zu 3:

Für Politikstrategien der nachhaltigen Entwicklung ist die Verbindung zwischen der globalen Problemsicht, den daraus abgeleiteten allgemeinen Entwicklungszielen und den lokalen Verhältnissen essentiell. Welche Normen in die lokalspezifischen Anforderungen übersetzt werden (Jörissen 2005) muss als offen gelten, da die Selektion bottom up erfolgt. Insofern ist nicht per se gewährleistet, dass substantielle Ziele der Nachhaltigkeit, worunter Conrad (2000: 8f.) globale Tragfähigkeit und Verteilungsgerechtigkeit versteht, tatsächlich die lokale Nachhaltigkeitspolitik bestimmen.

Wenn das globale Leitbild in konkrete nationale Handlungsziele und Nachhaltigkeitsstrategien umgesetzt werden soll, so ist auf der konkret räumlichen Ebene erst einmal eine Situation der ungleichen Nutzung in verschiedenen Teilräumen anzutreffen. Signifikant sind vor allem die Unterschiede in der Nutzung des Umweltraumes durch die ungleiche Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten im Raum (Herausbildung von dynamischen Wachstums- und Agglomerationsräumen und Wirtschafts- und Dienstleistungszentren auf der einen Seite; Strukturkrisen und Bevölkerungsrückgang auf der anderen Seite).

Die Folgen dieser unterschiedlichen Entwicklung werden im deutschen Raumordnungsgesetz aber nur in ökonomischer und sozialer Hinsicht thematisiert und entsprechende Ausgleichsmaßnahmen konzipiert. Für die unterschiedliche ökologische Belastung und Ressourcennutzung der Regionen gibt es zwar inzwischen Indikatoren, aber kein Instrumentarium, um in dieser Frage interregionale Gerechtigkeit herzustellen (sei es auch nur über Kompensationsmechanismen), politisch zu steuern und zu beeinflussen. So wird z.B. die Politik der Flächennutzung im Wesentlichen durch die eigene Entwicklungslogik bestimmt und nicht durch Ziele der nationalen und internationalen Nachhaltigkeitspolitik.

Um den unterschiedlichen Anforderungen in einem politischen Mehrebenensystem gerecht zu werden, sind bisher kaum prozedurale Verfahren und Regeln formuliert. Im Mainstream der Debatte wird immer noch davon ausgegangen, dass das Leitbild der Nachhaltigkeit auf der unteren Ebene „übersetzt“ und konkretisiert werden soll. Vor diesem Hintergrund werden Anforderungen an die „Konsistenz eines Konzepts, seine Anschlussfähigkeit an und Kompatibilität mit bestehenden Strukturen, sowie seine Verknüpfung mit den Interessen sozialer Akteure und deren gesellschaftliche Durchsetzungsfähigkeit“ gestellt (ebd.:18). Das auf der regionalen und lokalen Ebene auch andere Interessen und Ziele ins Spiel kommen (mit anderen Vorstellungen, welche Ungleichheit wie beseitigt werden soll) wird vielfach übersehen. Regionale und lokale Governance-Konzepte stehen daher vor der Aufgabe, sich stärker mit den unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen im Mehrebenensystem der Nachhaltigkeit zu befassen und Verfahren zu entwickeln, wie diese partizipativ gestaltet werden können (Biermann/Pattberg 2004, Fürst 2003).

5.2 Spannungsfelder im Sozialstaatsdiskurs

Für eine Einschätzung der Potenziale einer verbesserten Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation ist es notwendig, sich auch mit den aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen zu befassen, da diese einen bedeutenden Faktor für die Resonanz- und Durchsetzungsfähigkeit von Nachhaltigkeitskonzepten darstellen.

In ganz Europa befindet sich der Wohlfahrtsstaat in einem umfassenden Transformationsprozess, der sich vor dem Hintergrund des globalen ökonomischen, technischen, demographischen und gesellschaftlichen Wandels vollzieht. Die etablierten europäischen Sozialstaaten, die ihre „Goldene Zeit“ in den 70er und 80er Jahren hatten, müssen sich einer Vielzahl von Herausforderungen stellen, um weiterhin überlebensfähig zu bleiben.

Diese Herausforderungen des Sozialstaates sind auf komplexe Weise miteinander verbunden; zusammengenommen ergibt sich ein hoher Anpassungsbedarf des Gesamtsystems „Wohlfahrtsstaat“ an geänderte ökonomische und demografische, aber eben auch kulturelle und soziale Voraussetzungen seiner Existenz, Legitimität und Effizienz. Es herrscht ein allgemeiner Konsens darüber, dass angesichts der veränderten Rahmenbedingungen umfassende Reformmaßnahmen zur Erhaltung der Tragfähigkeit und Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme notwendig sind; die inhaltliche Ausrichtung der Reformen ist jedoch politisch und akademisch höchst umstritten. Da die meisten wohlfahrtsstaatlichen Reformen bestimmte Kürzungen, Einschränkungen und Umverteilungen beinhalten, haben politische Auseinandersetzungen um angemessene Reformkonzepte immer auch den Charakter von Verteilungskämpfen (Kaufmann 1997: 7).

In den letzten Jahren ist in der deutschen Reformdiskussion und in der konkreten Reformpolitik eine Position dominant geworden, die ihren Ursprung in den Ideen und Konzeptionen des „Dritten Weges“ (Giddens 1999) hat. Diese „grundlegende Positionsverschiebung“ (Aust/Leitner/Lessenich 2002) wohlfahrtsstaatlicher Politik beinhaltet eine Neudefinition von sozialer Gerechtigkeit, von Solidarität und Umverteilung, und somit praktisch einen Wechsel der *Wohlfahrtsphilosophie* (Priddat 2003). So liegt den zentralen sozialpolitischen Reformprojekten der 14. und 15. Legislaturperiode (Agenda 2010, Hartz-Reformen etc.) ein „grundlegender Wandel des Sozialstaatsverständnisses“ zugrunde, wie es der 14. Sozialbericht der Bundesregierung von 2005 (Bundesregierung 2005a; 3) offensiv formuliert.

Die wesentlichen programmatischen Leitbilder, unter denen das neue Gerechtigkeitsverständnis und die entsprechende Sozialpolitik firmieren, heißen „Sozialinvestitionsstaat“ und „aktivierende Sozialpolitik“. Diese beiden Begriffe lassen sich komplementär zueinander verstehen: Während sich „Sozialinvestition“ tendenziell eher auf die Ebene staatlicher Ausgabenpolitik bezieht, betont „Aktivierung“ die zentrale Rolle der Eigenverantwortung und der Eigeninitiative der oder des Einzelnen.

Das Leitbild des aktivierenden Sozialstaates beinhaltet als vorrangiges Ziel sozialpolitischer Maßnahmen „die Förderung und Befähigung des Einzelnen zur Übernahme von Ei-

genverantwortung“ (Bundesregierung 2005a: 6), wie es im Paradigma des „Förderns und Forderns“ zum Ausdruck kommt. Im Zentrum einer Politik der sozialen Investition, welche auch gerne mit dem Begriff „Nachhaltige Sozialpolitik“ verteidigt wird, steht die Neuorientierung der staatlichen Transferanstrengungen. Hier werden einige grundsätzliche Unterscheidungen vorgenommen:

Zunächst wird zwischen „produktiven“ bzw. „investiven“ und „konsumptiven“ Sozialausgaben unterschieden. „Produktiv“ sind in diesem Sinne alle Sozialausgaben, die eine Investition in das Humankapital einer Volkswirtschaft darstellen und somit zukünftigen (ökonomischen) Nutzen generieren; insbesondere Ausgaben für Bildung, Ausbildung und Herstellung der Beschäftigungsfähigkeit fallen in diese Kategorie. „Konsumptiv“ dagegen sind alle Ausgaben, die der „Alimentierung“ von Transferempfängern dienen, also der Deckung der Kosten des Lebensunterhalts bzw. der Sicherung des Lebensstandards. Solchen Ausgaben wird kein „nachhaltiger“ volkswirtschaftlicher Nutzen beigemessen.

Analog dazu werden „aktivierende“ Maßnahmen, welche direkt oder indirekt der Schaffung oder Wiederherstellung von Beschäftigungsfähigkeit dienen, von „passiven“ Transferleistungen unterschieden, die als Lohnersatzleistungen dem bloßen Lebensunterhalt dienen. Im Rahmen der „Umstellung von Subvention auf Investition“ (Priddat 2003) soll der Staat in erster Linie „aktivierende“ und damit „investive“ Maßnahmen zur Qualifizierung für und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt finanzieren, statt Nichtbeschäftigung durch „passive“ und somit „konsumptive“ Transferzahlungen zu subventionieren. „Aktivieren statt alimentieren“ lautet die Maxime (Eichhorst 2005).

Als Sozialinvestitionsstaat betreibt der Staat überall dort, wo es möglich erscheint, statt direkter Zahlungen seine Transfers vielmehr als Investitionen in menschliche Fähigkeiten und Fertigkeiten, in Humankapital. Die zentrale Aufgabe des Staates ist es, jedem Bürger durch eine „Humankapitalgarantie“ (Giddens 1999: 117) den Zugang zu Bildung, Aus- und Weiterbildung und damit letztlich zum Arbeitsmarkt zu sichern. Die Herstellung und nachhaltige Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit („employability“) der Individuen steht an erster Stelle; „passive“ monetäre Transfers sollen nur letztes Mittel sein für diejenigen, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können und werden somit grundsätzlich als nachrangig betrachtet.

Die „gerechte“ - traditionell verstanden als möglichst gleichmäßige - Verteilung von Mitteln für Lebenserhalt und Konsum steht folgerichtig nun nicht mehr an erster Stelle sozialpolitischen Handelns; denn „im Vordergrund steht nicht mehr vor allem der Statuserhalt, sondern die Vermeidung sozialer Ausgrenzung und die Förderung sozialer Eingliederung“ (Bundesregierung 2005a: 4). Die Zunahme der Einkommens- und Vermögensspreizung, welche auch im zweiten Armuts- und Reichtumsbericht diagnostiziert wird, ist demnach nicht das zentrale Problem der sozialen Gerechtigkeit. Problematisiert wird vielmehr der drohende Ausschluss, die Exklusion bestimmter Personen oder Personengruppen vom Arbeitsmarkt und damit von der Möglichkeit, aus eigener Kraft die Existenz zu sichern.

Staatliche Politik muss also darauf abzielen, Zugangs- und Beschäftigungshemmnisse auszuräumen.

Diese Prioritätenverlagerung weg von dem Ziel der Egalisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung hin zum Primat der Gleichheit der Teilhabechancen ist eine wesentliche gerechtigkeitstheoretische Neuerung, welche sich bereits im Laufe der ersten rot-grünen Legislaturperiode (1998-2002) abgezeichnet hat. Chancengleichheit bedeutet in seiner dominierenden Interpretation einen partiellen Abschied von Verteilungsgerechtigkeit und eine Abkehr von Umverteilungszielen. Im Rahmen der Verschiebung des Bedeutungsgehalts sozialer Gerechtigkeit von Verteilungsgerechtigkeit zu Chancengleichheit soll nicht mehr Geld umverteilt, sondern es sollen Chancen eröffnet werden. Gleichheit wird nicht mehr als Ergebnisgleichheit im Sinne einer Nivellierung der Einkommens- und Vermögensverteilung, sondern als Chancengleichheit im Sinne einer staatlich garantierten Ausgangsausstattung mit gesellschaftlichen Teilhabechancen, insbesondere Zugangsmöglichkeiten zum Bildungssystem und zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt konzipiert.

Das Konzept des Sozialinvestitionsstaates ist in diesem Sinne ein sehr erwerbsarbeitszentriertes Modell: Die Teilnahme am Arbeits- und Erwerbsleben wird als unabdingliche Voraussetzung individueller Selbstbestimmung und -Verwirklichung gesehen. So heißt es im Sozialbericht 2005:

„Der zentrale Bezugspunkt ist die Stärkung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen des Einzelnen. Dies geschieht insbesondere durch bessere Bildung und den Zugang zu Erwerbsarbeit. Denn eingeschränkte Chancen sind vor allem durch Arbeitslosigkeit bestimmt“ (Bundesregierung 2005a: 5).

Das Sozialinvestitions- und Aktivierungsparadigma will letztlich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zum einen erscheinen Unterstützungsleistungen zur Integration in den Arbeitsmarkt für die Betroffenen als die bessere Alternative zu einer bloßen Kompensation des Ausschlusses, zum anderen kommt die Fokussierung auf Investitionen in das Humankapital der Bevölkerung mittel- und langfristige auch der Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft zugute und kann dazu beitragen, die Belastung des Staatshaushaltes zu senken.

Dieser Programmatik liegt ein bestimmtes Bild des Sozialstaatsbürgers/ der Sozialstaatsbürgerin zugrunde. Adressaten staatlich gewährleisteter Sozialpolitik sollen aktive, eigenverantwortliche und selbständige Personen sein, welche von sich aus versuchen, den Eintritt des durch die Sozialversicherung abgedeckten Schadensrisikos nach besten Kräften zu vermeiden und individuelle Bedürftigkeitslagen aus eigenem Antrieb so schnell wie möglich zu überwinden. „Fördern und Fordern“ bedeutet in diesem Sinne, dass von den Bürgerinnen und Bürgern eine aktive Teilnahme an der Verbesserung der eigenen Lage und an dementsprechenden Qualifizierungs- und Vermittlungsangeboten staatlicher Stellen eingefordert wird. Sozialleistungen werden in zunehmendem Maße nicht mehr bedingungslos erteilt, sondern an Mitwirkungspflichten, quasi an „Gegenleistungen“ des Individuums

geknüpft. Soziale Gerechtigkeit als Teilhabe jedes Einzelnen an der Gesellschaft, als Hilfe zur Selbsthilfe, ist untrennbar verbunden mit dem Anspruch an jeden Einzelnen, Verantwortung und Pflichten für die Gemeinschaft zu übernehmen. So heißt es im 14. Sozialbericht dazu:

„Soziale Gerechtigkeit bedeutet aber auch, dass die Menschen verpflichtet sind, sich entsprechend ihrer Möglichkeiten aktiv und produktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Die Verantwortung des Einzelnen besteht darin, seine Chancen zu nutzen und seine Fähigkeiten bestmöglich einzubringen“ (Bundesregierung 2005: 6).

Konkret bedeutet dies, dass Bürgerinnen und Bürger sich verstärkt dazu aufgefordert sehen, private Vorsorge zu betreiben, sei es durch präventive Maßnahmen im Gesundheitsbereich, durch permanente und eigenständige Weiterbildung im Arbeitsmarktbereich oder durch private Vorsorgeverträge im Bereich der Alterssicherung. Damit wird ein Teil der Risikoverantwortung von dem staatlich organisierten Versicherungskollektiv auf das Individuum verlagert, was insgesamt deutlich stärkere Anforderungen an die individuelle Selbststeuerungsfähigkeit stellt.

An dieser Umorientierung im Verständnis von Sozialstaatlichkeit wird allerdings auch grundsätzliche Kritik geübt. Die vielstimmige und vielfältige Kritik an der generellen „Marschrichtung“ der deutschen Sozialpolitik der letzten Jahre kommt unter anderem aus den Bereichen der Sozialarbeit und Sozialarbeitswissenschaft, aus den Wohlfahrtsverbänden, aus gewerkschaftlichen Kreisen, aus den sozialen Bewegungen (Attac etc.) und aus der kritischen Sozial- und Politikwissenschaft. Der traditionell-verteilungspolitisch motivierte Kritikstrang beklagt die zunehmende Entsolidarisierung und „Neoliberalisierung“ der Gesellschaft, konstatiert eine wachsende „Schiefelage“ in der Verteilung und verweist auf die weiterhin steigende allgemeine Ungleichheit der Einkommen und Vermögen. Ein eher gesellschaftspolitisch-demokratiethoretisch motivierter Kritikstrang beklagt u.a. den autoritär-repressiven Charakter des neuen Sozialstaatsparadigmas und die mit dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ verknüpfte Ausweitung staatlicher Kontrollpraktiken und Zwangsmaßnahmen (Lessenich 2003, Nullmeier 2004, Vogel 2004).

Aus umwelt- und nachhaltigkeitspolitischer Sicht scheint der beschriebene Wandel des Sozialstaatsverständnisses sowohl Chancen als auch Risiken zu enthalten. Einerseits könnte eine misslingende Aktivierungspolitik gerade in den Konsummustern regressive (und umweltpolitisch höchst fragwürdige) Folgen haben, wenn ökologische Aspekte im täglichen Überlebenskampf gegenüber „handfesten“ materiellen Problemen an Priorität verlieren. Ein von den Menschen zunehmend empfundener sozialer Druck könnte zu einem weiteren Verfall des Qualitäts- (und damit Umwelt-)Bewusstseins und in der Folge zu einem erheblichen Anstieg des so genannten „Billigkonsums“ führen. Andererseits gibt es gute Argumente dafür, dass eine Aktivierung der Eigenverantwortung und der realen Mitgestaltungschancen der Menschen auch für die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik von großer Bedeutung sein könnte.

5.3 Positive und negative Zielsysteme

Grundsätzlich kann die Zielerreichung im Nachhaltigkeitskontext durch positive und negative Zielsysteme (Jörissen 2005: 29ff.) abgebildet werden. Auf der einen Seite signalisiert das Nachhaltigkeitsparadigma die Begrenztheit des Umweltraums, die Endlichkeit der Ressourcen. Zahlreiche Beiträge aus der Umweltforschung haben dazu beigetragen, konkrete Grenzwerte zu formulieren, die Eingang in Strategien und Gesetze gefunden haben. Auf der anderen Seite beinhaltet Nachhaltigkeit aber auch Entwicklungsperspektiven von einer intakten Natur und einer nachhaltigen Produktion und Konsumption.

Positive und negative Zielsysteme haben nach Jörissen unterschiedliche Begründungszusammenhänge (ebd.: 29):

- Positive Zielsysteme: Explizit normative Argumentation, die auf dem Postulat der Gerechtigkeit basiert.
- Negative Zielsysteme: Empirisch-funktionale Argumentation, die sich an aktuellen Problemlagen und den Grenzen der Belastbarkeit natürlicher und gesellschaftlicher Systeme orientiert.

Ein Beispiel für negative Zielsysteme sind die sog. Leitplankenkonzepte, sowohl für soziale als auch ökologische Entwicklungen (z.B. Klemmer et al. 1998, Reusswig 1998). Dies entspricht Erkenntnissen der Umweltforschung über „carrying capacity“ und „maximum sustainable yield“. Eine Überschreitung von Belastungsgrenzen in jedem System (ökologisches, soziales, ökonomisches) können zur Einschränkung der Leistungsfähigkeit bis hin zum Zusammenbruch führen. In diesem Problemkontext kann ein Konsens über „normative Vorstellungen über das gesellschaftlich noch tolerierbare Risiko bezüglich der Umweltveränderungen“ und die „ökonomische und soziale Belastbarkeit der Gesellschaft durch Maßnahmen zum Umweltschutz“ hergestellt werden (Jörissen 2005: 29). Die hiermit verbundenen „Handlungskorridore“ müssen allerdings nicht rein restriktiv aufgefasst werden. Sie enthalten Gestaltungs- und Freiheitsspielräume, wenn die Wege der Umsetzung individuell gewählt werden können (vgl. dazu auch Hayek 1968). Bleischwitz (2005: 231ff.) diskutiert in diesem Zusammenhang die Möglichkeit von „offenen Zielen“ zur Orientierung von Akteuren bei bleibenden Unsicherheiten und Innovationschancen.

In der deutschen Nachhaltigkeitspolitik haben die negativen Zielsysteme einen erheblichen Einfluss. Ansatzweise ist ein gesellschaftlicher Konsens über nicht länger tolerierbar empfundene Zustände zu erkennen (Jörissen 2005: 29). Hierfür haben umfassende Studien und Analysen eine Grundlage geschaffen (SRU 2002, Enquete-Kommission 1998, BUND/Misereor 1996, UBA 2002). In diesen Studien wird aber nicht nur der schlechte Umweltzustand beschrieben, es werden in der Regel auch positive Aussagen über anzustrebende Entwicklungen gemacht. Es werden positive und negative Maßstäbe dafür entwickelt, was nachhaltige und nicht-nachhaltige Entwicklung bedeutet. Bei positiven Zielsystemen werden normative Vorgaben und Ziele offen gelegt, bei negativen dagegen nicht, was zu Intransparenz führen kann (Jörissen 2005).

Insgesamt ist nach Jörissen (2005) zu erkennen, dass tendenziell aktuelle Problemlagen und der Verlust der Leistungsfähigkeit der Systeme im Nachhaltigkeitsdiskurs strategisch mehr Gewicht haben als allgemeine Hinweise auf die Verletzung normativer Gebote. Erklärt werden kann dies damit, dass die positiven und negativen Zielsysteme in unterschiedlicher Weise operationalisiert sind. Ein Diskurs über ökologische Gerechtigkeit müsste sich daher mit der geringen Operationalisierung von normativen Aussagen im Nachhaltigkeitsdiskurs auseinandersetzen und versuchen, diese Lücke zu schließen.

Das Thema berührt auch die Frage möglicher Motivallianzen. Diese können durch positive Zielsysteme viel besser unterstützt werden, da eine gemeinsam akzeptierte Zielvorgabe die Motivation der Beteiligten unterstützen kann. Studien aus der Kommunikations- und Marktforschung weisen darauf hin, dass hierbei die ökologischen Ziele nicht isoliert vermittelt werden sollten, sondern als Beitrag zu Wohlbefinden, einem schöneren und attraktiveren Leben insgesamt (Lichtl 1999).

5.4 Fazit

Mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung sind auf der internationalen Ebene zwei Gerechtigkeitsaspekte von Bedeutung: die inter- und intragenerative Gerechtigkeit. Hierbei ist die intergenerative Gerechtigkeit zunächst nur als Orientierung für die Nutzung der natürlichen Ressourcen durch Länder gemeint. Allerdings wird mit der Umsetzung in nationale Strategien auch die zentrale Frage virulent: Welche Produktions- und Konsumstile sind zukunftsfähig, was muss heute geschehen, damit wir morgen die gleichen Optionen hinsichtlich der Gestaltung von Produktions- und Lebensstilen haben? In diesem Sinne formuliert auch der deutsche Nachhaltigkeitsrat die Herausforderung:

„Deshalb stellt sich der heute lebenden Generation dringender als je zuvor die Frage, was sie ihren Kindern und Enkeln eigentlich vererben will. Sicher nicht den gleichen Lebensstil, den wir Deutschen kennen, denn der kommt schon heute unter Bedingungen zustande, die nicht für den ganzen Globus gelten können. Gewiss auch nicht das gleiche Zugriffsrecht auf endliche Ressourcen, weil die Menschheit längst mehr davon verbraucht, als die natürlichen Kreisläufe verkraften können“ (Hauff/Bachmann 2006: 7).

Unbestritten ist im deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs der hieraus resultierende Handlungs- und Gestaltungsbedarf. Mit der im Jahr 2002 erstmals veröffentlichten Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (Bundesregierung 2002) ist ein politischer Prozess in Gang gesetzt worden, der im kooperativen Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft solche Fehlentwicklungen überwinden und eine für die Menschen faire und mit der Natur dauerhaft verträgliche Entwicklung auf den Weg bringen soll.

Vor dem Hintergrund der hier diskutierten Spannungsfelder wird dies kein konfliktfreier Weg sein. Zu klären ist

- Das Verhältnis zwischen inter- und intragenerativer Gerechtigkeit (aktuelle Problemlagen vs. Zukunftssicherung)
- Das Verhältnis zwischen Entwicklung und Substanzerhalt (soziale und ökonomische Chancen vs. ökologische Grenzen)
- Das Verhältnis zwischen globalen und regionalen/lokalen Zielen (räumliche Disparität zwischen Problemstellung und Problemlösung)
- Das Verhältnis zwischen staatlicher Fürsorge und individueller Leistungsfähigkeit (Politikmodell der sozialen Nachhaltigkeit)

Diese Relationen näher zu bestimmen ist einer der zentralen Aspekte, um die von Wolfgang Sachs angesprochene „Gerechtigkeitskrise“ zu überwinden (Sachs 1997). Im Rahmen dieser Verhältnisse müssen neue Suchprozesse gestartet und neue Optionen eröffnet werden, die insofern gerechter als die alten Lösungen sind, als in sozialer, zeitlich und räumlicher Hinsicht an anderer Stelle keine oder geringere Schäden entstehen. Positiv gewendet geht es somit bei der "Ökologischen Gerechtigkeit" um die kooperative Erarbeitung eines neuen Modells von Lebensqualität, in dem die intra- und die intergenerationelle Gerechtigkeit ihren angemessenen Platz bekommen. Dabei wird zu beachten sein, dass die ökologische Gerechtigkeit eng mit der sozialen verbunden ist. Beide können verletzt werden, wenn die herrschenden Produktions- und Konsummuster in nicht-nachhaltiger Weise gestaltet werden.

Im deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs zeigt sich, dass die Diskussion über Grundsätze, Ziele und Indikatoren durchaus weit fortgeschritten ist. Allerdings fehlt trotz der programmatischen Öffnung zu sozialen Fragen bisher eine systematische Verbindung zwischen der Umwelt- und Sozialberichterstattung.

Gleichzeitig ist auch zu beobachten, dass in der Diskurslandschaft über Zukunftsfragen der gesellschaftlichen Entwicklung Fragen der sozialen Gerechtigkeit einen neuen Stellenwert einnehmen. Vor dem Hintergrund knapper Ressourcen und geringer werdender Verteilungsspielräume gibt es einen Wechsel von der Bedürfnisgerechtigkeit zur Leistungsgerechtigkeit. Mit der Fokussierung auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung drohen Fragen der ökologischen Gerechtigkeit, die sich explizit mit der Nutzung der Umweltgüter und deren Grenzen befassen, in den Hintergrund zu treten. In diesem Kontext besteht auch die Gefahr, dass sich durch verstärkte Verteilungskämpfe im sozialen Bereich der Druck auf die (Über-)Nutzung der Umweltgüter erhöht und sich zwischen den Zielen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit ein zunehmendes Konfliktpotenzial aufbaut.

Insgesamt differenziert sich die Gesellschaft weiter aus, was auch Auswirkungen auf den privaten Konsum hat. Auf der einen Seite Einschränkungen durch Einkommenseinbußen, auf der anderen Seite eine Zunahme der Entfaltungsmöglichkeiten und Inszenierungsmöglichkeiten sowie vielfältige Optionen, um persönliches Wohlbefinden zu realisieren (Schulze 2000). In diesen pluralistischen Kontexten von Lebensstilen entwickeln sich sehr unterschiedliche soziale Bezüge, von daher ist es aus Sicht der Individuen komplizierter geworden, gemeinsame Maßstäbe für Gerechtigkeit zu entwickeln.

6 Ausbaufähige thematische Schnittmengen zwischen Nachhaltigkeits- und Wohlfahrtdiskurs

Nachfolgend werden am Beispiel einzelner Projekte mögliche thematische Schnittstellen zwischen Nachhaltigkeitszielen und Wohlfahrtszielen herausgearbeitet. Es sollen Potenziale aufgezeigt werden, welche in einer Verbindung sozialer und ökologischer Gerechtigkeitsziele liegen. Die Auswahl der Studien begründet sich mit ihrer Bedeutung für die Verbindung von Nachhaltigkeits- und Wohlfahrtdiskurs. Diese Bedeutung erschließt sich zum einen durch die Relevanz des Themenfeldes, aber auch durch die Schnittmengenpotenziale, die in den gewählten Themen liegen.

6.1 Arbeitspolitische Vielfalt, Lebensqualität und Ökologie

Das Projekt „Arbeit und Ökologie“ (vgl. Hans-Böckler-Stiftung 2000) verbindet strategische Ziele der nachhaltigen Entwicklung mit einer sozial-ökologischen Reformperspektive. In verschiedenen Szenarien werden Fragen nach der Zukunft der Arbeit, der Arbeitszeitgestaltung und der Lebensführung mit ökologischen und ökonomischen Rahmenbedingungen verbunden. Damit unterscheidet sich diese Methodik von umweltraumbezogenen Konzeptionen wie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/Misereor 1996) oder der Studie „Sustainable Netherlands“ (Opschoor 1992).¹⁰ Umwelt wird nicht nur als Grenze verstanden, sondern auch als Möglichkeitsraum für soziale Gestaltung und Entwicklung.

Die zentrale These dieses Projektes zur Nachhaltigkeit lautet: Ein simples „Weiter so“ in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik führt zu massiven Umweltproblemen, zu wirtschaftlichen Krisen und zu sozialen Spannungen. Deshalb muss die Zukunft so gestaltet werden, dass auch nachfolgende Generationen noch Handlungsoptionen und Gestaltungsperspektiven haben (Hans-Böckler-Stiftung 2000).

Um dies zu erreichen, werden vier Zieldimensionen als wichtig angesehen:

- „der langfristige Erhalt unserer ökologischen, ökonomischen und sozialen Systeme,
- die Gerechtigkeit innerhalb einer und zwischen den Generationen,
- die Abstimmung zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen,
- die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen am Prozess der Strategiefindung und -umsetzung“ (Hans-Böckler-Stiftung 2000).

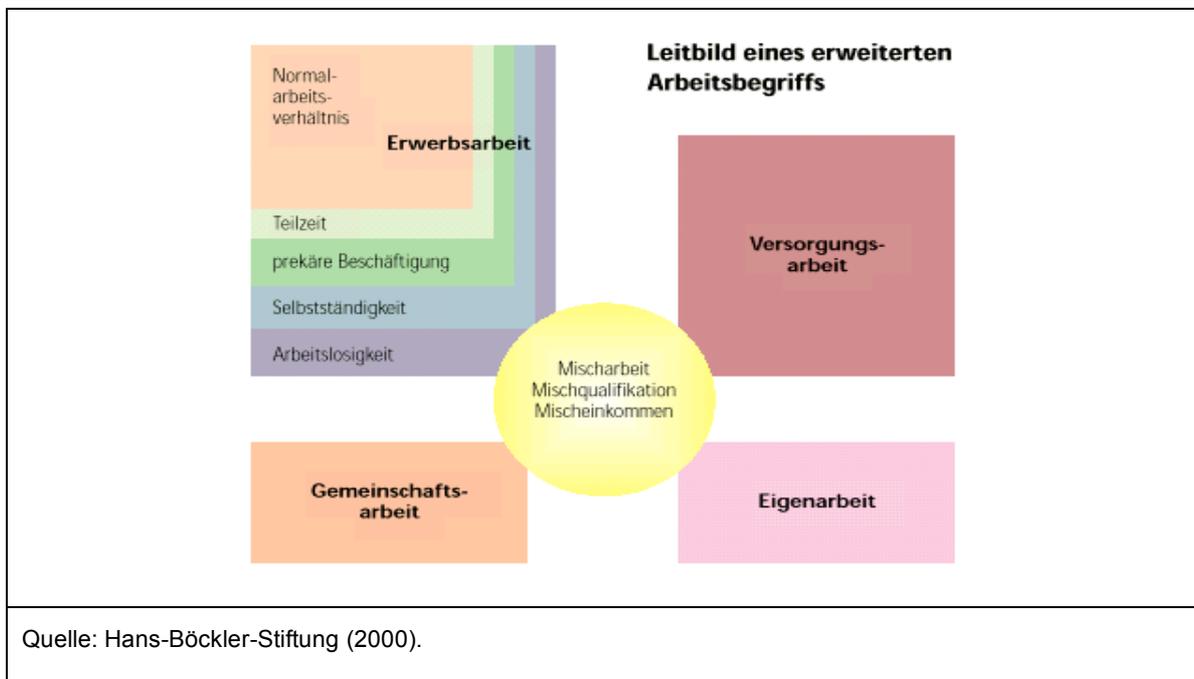
Bei der konkreten Ausgestaltung der Szenarien arbeitet die Studie mit einem erweiterten Arbeitsbegriff. Es wird zwischen vier verschiedenen Arbeitsformen unterschieden:

¹⁰ Das in Anlehnung an Opschoor entwickelte Konzept des "Umweltraums" umschreibt das Ausmaß, in dem der Mensch die natürliche Umwelt nutzen kann, ohne wesentliche Charakteristika auf Dauer zu beeinträchtigen, d. h. ohne ihr Nutzenpotential auf Dauer zu schmälern.

- Erwerbsarbeit (Arbeit, um Einkommen zu erzielen)
- Versorgungsarbeit (Arbeit im Rahmen der häuslichen Reproduktion, Haushaltsarbeit)
- Eigenarbeit (Arbeit in der Freizeit zum eigenen Nutzen)
- Gemeinschaftsarbeit (Arbeit mit anderen zum gesellschaftlichen Nutzen)

Grundlegend für das neue Leitbild von Arbeit ist es, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die verschiedenen Arbeitsformen unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten produktiv miteinander verknüpft werden können (Leitbild der Mischarbeit). In Zukunft sollen sich die Menschen bewusster für einzelne Arbeitsformen entscheiden können, vor allem mehr Freiheiten haben, diese Arbeitsformen mit einer nachhaltigen Lebensführung in Einklang zu bringen (work-life-balance).

Abbildung 2: Leitbild der Mischarbeit auf der Basis verschiedener Arbeitsformen



Diese ganzheitliche Sicht von Arbeit impliziert die Vorstellung von einer gerechten Verteilung der einzelnen Tätigkeitsformen Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Versorgungsarbeit und Gemeinschaftsarbeit. Da diese Verteilung stark von geschlechts- und altersspezifischen Faktoren abhängt, sind damit grundsätzliche Fragen der gesellschaftlichen Strukturen und Rollenverteilungen angesprochen, die auch andere Aspekte sozialer Nachhaltigkeit betreffen: Die Rolle der Frau in der Gesellschaft, Chancengleichheit, Partizipation, etc. Wegen dieser Verknüpfungen ist Arbeit als wichtiger Faktor für soziale Nachhaltigkeit und als ein Schlüsselfaktor für soziale Gerechtigkeit anzusehen.

Fragen ökologischer Gerechtigkeit werden durch den Ansatz berührt, wenn die Kombination der unterschiedlichen Arbeitsformen mit einer nachhaltigen Lebensführung verbunden wird. Die neuen gesellschaftlichen Arrangements berühren sowohl soziale als auch ökologische Gerechtigkeitsvorstellungen:

- Eine Arbeitsgestaltung, die die langfristige Erhaltung der Gesundheit gewährleistet und ein aktives Gesundheitsverhalten ermöglicht (Arbeits- und Gesundheitsschutz, Begrenzungen von Arbeitsauslagerung, Arbeitsintensität und von Zeit- und Koordinationsstress).
- Eine Entgeltgestaltung, die zumindest ein Grundeinkommen über das gesamte Leben sicherstellt, das die Grundversorgung und die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.
- Erweiterte Freiheitsspielräume zu individuell angepassten Formen von Mischarbeit, d.h. gleichzeitige Kombination von Erwerbsarbeit mit Versorgungs-, Gemeinschafts- und Eigenarbeit und veränderte Kombination in biographischer Perspektive (Zu- und Übergänge).
- Soziale Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen (als Chancengerechtigkeit insbesondere in der Zeit¹¹ - und Bildungspolitik).
- Ermöglichung von individuellen Gestaltungsbeiträgen und sozialen Innovationen in allen Arbeitsformen durch die Schaffung von rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen (insbesondere durch aktivierende Organisationen).
- Arbeit in Unternehmen und Infrastrukturen, d.h. Mitarbeit an Produkten, Dienstleistungen und Versorgungsnetzen, die die ökologische Versorgung verbessern und sozial-ökologisch gestaltet sind.

Ausgehend von einer umfassenden gesellschaftspolitischen Analyse hat das Projekt „Arbeit und Ökologie“ fünf strategische Handlungsfelder konzipiert, in denen das neue Leitbild umgesetzt werden kann:

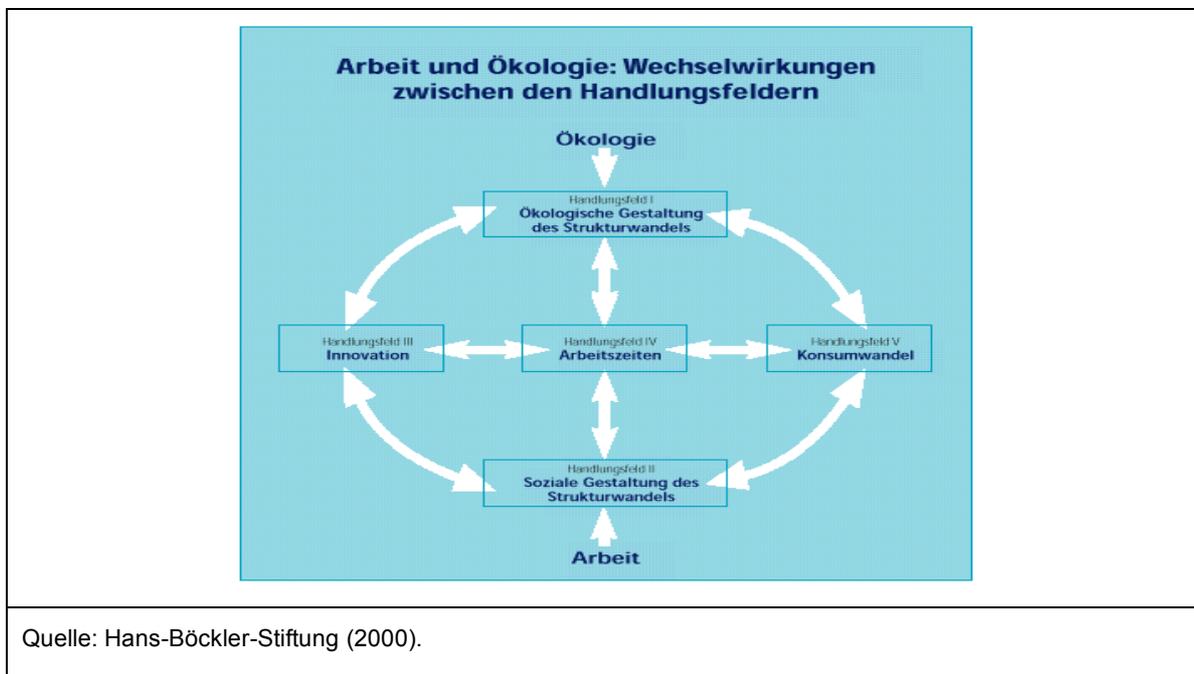
- ökologische Gestaltung des Strukturwandels
- Soziale Gestaltung des Strukturwandels
- Innovation
- Arbeitszeiten
- Konsumwandel

¹¹ „Von ‚Zeitpolitik‘ im engeren Sinne sprechen wir dann, wenn bewusst – öffentlich und partizipativ – Einfluss genommen wird auf die zeitlichen Bedingungen und/oder Wirkungen der politischen, wirtschaftlichen und insbesondere lebensweltlichen Bedingungen der menschlichen Existenz. Vor allem das partizipative Element unterscheidet moderne demokratische Zeitpolitik von traditionellen Veränderungen der gesellschaftlichen Zeitordnung (etwa die Durchsetzung der Normalzeit, die Veränderung der Arbeitszeiten, der Schulzeiten usw.). Zeitpolitik im moderneren Sinne geht davon aus, dass der demokratische Selbstregulierungsanspruch auch die zeitlichen Elemente des menschlichen Zusammenlebens und der Verhältnisse zwischen Menschen und Natur zu erfassen hat.“ (Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik Neubiberg; <http://www.zeitpolitik.de/pdfs/zeit-glossar.pdf>, Zugriff am 07.09.06)

Mögliche Entwicklungspfade in diesen Handlungsfeldern werden in Form von Szenarien dargestellt (Hinterberger et al. 2000). Die Nachhaltigkeitsziele finden über ein ökologisch-soziales Integrationsszenario Eingang. Die ökologischen Annahmen basieren auf einer Steigerung der Ressourcenproduktivität, die dazu führt, dass der Umweltverbrauch (CO₂-Emissionen, Stoffinputs, Flächenverbrauch) vom Wirtschaftswachstum entkoppelt wird. Fragen der intergenerativen Gerechtigkeit erhalten durch das Projekt eine ausdifferenzierte soziale und arbeitspolitische Komponente. Künftigen Generationen sollen keine ökologischen, ökonomischen oder sozialen Belastungen hinterlassen werden, welche die Entscheidungsfreiheit über den Lebens- und Wirtschaftsstil der Zukunft einschränken (Hans-Böckler-Stiftung 2000: 36).

Das konzipierte Gesamtbild unterschiedlicher Handlungsfelder im Diskursfeld „Arbeit und Ökologie“ (vgl. Abb. 3) zeigt in der mittleren Achse drei Handlungsfelder, die sowohl unter dem Einfluss von ökologischen als auch sozialen Entwicklungen stehen. Gleichzeitig aber wird durch die in beide Richtungen weisenden Pfeile angedeutet, dass auch die eher mikropolitischen Felder Innovation, Arbeitszeiten und Konsumwandel wiederum Rückwirkungen auf die Strukturen von Ökologie und Arbeit haben.

Abbildung 3: Wechselwirkungen zwischen den Handlungsfeldern



Was kann aus diesem Konzept, dieser Beziehungsstruktur unterschiedlicher Politikfelder für den Brückenschlag zwischen Nachhaltigkeit und Wohlfahrt gelernt werden?

Ausgehend von den Grundparadigmen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit können konkrete Handlungsfelder bzw. Politikfelder identifiziert werden, in denen Gerechtigkeitsfragen eine Rolle spielen. Mit der Konkretisierung neuer Produktions- und Konsummuster kann die Ebene abstrakter Grundsatzpostulate verlassen werden und die praktischen Konsequenzen von Gerechtigkeitsvorstellungen in den Mittelpunkt rücken. Neue Formen der Sozial- und Arbeitsorganisation können dabei zu einem zentralen Element nachhaltiger Produktions- und Konsummuster werden. Hierbei ist zu fragen, inwieweit soziale Gestaltungsfragen (z.B. wer will wie und wie viel arbeiten?) auch einen Beitrag zur ökologischen Gerechtigkeit leisten können.

Stahmer (2005)¹² hat die Zeitverwendung zu einem wesentlichen Bestandteil seiner Berechnungen zur „Halbtagsgesellschaft“ gemacht und mit ökonomischen und physikalischen Daten verknüpft. Er kommt hierbei zu folgendem Ergebnis: „Schon die ersten Berechnungen zeigten, dass sich das Konsumniveau in einer Halbtagsgesellschaft vermindern würde. Wenn die gegenwärtigen Produktionsstrukturen und Qualifikationsanforderungen der Erwerbstätigen zugrunde gelegt werden, sinkt das (materielle) Wirtschaftsniveau, das wir in Anlehnung an den Begriff des Ökosozialprodukts als Sozio-Sozialprodukt bezeichnen könnten, um etwa ein Sechstel. Dem steht allerdings ein erheblicher Anstieg der informellen Arbeit, vor allem der nur gegen Zeiteinheiten verrechneten sozialen Dienstleistungen gegenüber. Etwa in gleichem Maße wie das materielle Niveau würde sich auch die Umweltbelastung vermindern.“ (Stahmer 2005: 38).

Diese Ergebnisse aus einer Modellrechnung bedürfen der sozialen Kontextualisierung. Insofern steht dieses Modell der Halbtagsgesellschaft vor ähnlichen Problemen wie jedes Nachhaltigkeitsszenario: Es muss praktisch aufgezeigt werden, welche sozialen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit die neuen Lebensstile praktiziert werden können. Dies ist aber weniger ein Informationsproblem (kognitiv), sondern ein Motivationsproblem (Einstellungen, Risikobereitschaft, Abkehr von Gewohntem). Hier zeigt sich auch eine Grenze von Berichtssystemen. Von daher sollte der Einbettung von Berichtssystemen in bestehende Kommunikationsstrukturen und Netzwerke besondere Beachtung geschenkt werden.

Am Beispiel des Handlungsfeldes Arbeitszeit können einige der möglichen Schnittmengen mit der Wohlfahrtsentwicklung deutlich gemacht werden. Eine extensive Ausdehnung der Arbeitszeiten kann zur Folge haben, dass der Zugang zu den Umweltgütern eingeschränkt wird, da der Umgang mit den Umweltgütern auch unter ein striktes Zeitregime gerät. Dies kann letztlich dazu führen, dass Umweltqualitäten nur noch eingeschränkt wahrgenommen werden. Umgekehrt können individuelle Entscheidungen die Arbeitszeit zu reduzieren dazu führen, dass die finanziellen Beiträge in die allgemeinen Systeme zur sozialen Sicherung verringert werden und sich damit der finanzielle Solidarbeitrag verringert, die gewon-

¹² Im Internet unter: http://www.uni-bielefeld.de/ZIF/KG/2004Modellierung/Rueckblick_Stahmer.pdf (letzter Zugriff am 5.10.2006).

nenen Freiräume aber genutzt werden (Zeitwohlstand!) einen nachhaltigeren Lebensstil zu praktizieren.

In der weiteren Diskussion derartiger Schnittmengen wird zu beachten sein, dass die Individuen unterschiedliche Freiheitsgrade und Fähigkeiten besitzen, diese Optionen zu realisieren und dass diese Freiheitsoptionen durch eine restriktive Wohlfahrts- und Arbeitsmarktpolitik weiter eingeschränkt werden können.

6.2 Ressourcenproduktivität und Wohlstand

„Nachhaltiges Ressourcen-Management zielt auf die langfristige Sicherung der materiellen Basis von Gesellschaft und Wirtschaft. Und zwar in einer Art und Weise, dass weder Ressourcen-Entnahme, noch deren Gebrauch, noch die Deponierung von Abfall und Emissionen die Kapazitäten und Grenzen von Natur und Gesellschaft sprengen.“ (Bringezu 2002). Die Idee des Ressourcen-Managements geht auf das bereits in den 70er Jahren entwickelte Konzept des Industriellen Metabolismus, des Stoffwechsels von Mensch und Natur, zurück. Vertreter dieses Ansatzes gruppieren sich in Europa um die Strategie einer Industrial Ecology (vgl. Bourg/Erkman 2003).

Ressourcen-Management zielt auf gesamtgesellschaftlicher Ebene auf eine Verringerung der Entnahme erneuerbarer und nicht-erneuerbarer Rohstoffe und bezieht den Aufwand für Erschließung und Nutzbarmachung (also Bergbau und Entsorgungswirtschaft, auch „ökologische Rucksäcke“) mit ein. Ressourcenpolitik ist input-orientierte Politik. Ein wesentliches Ziel ist die Dematerialisierung von Produktion und Konsum. Es geht darum, den Stoffwechsel von Mensch und Natur von der Input-Seite her zu steuern. Das Ressourcenmanagement orientiert sich im Wesentlichen an quantitativen Indikatoren und bewertet nicht die spezifischen Umweltfolgen.

Im Dezember 2005 hat die EU-Kommission (KOM 2005) die „Thematische Strategie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen“ veröffentlicht. Diese Strategie soll als Orientierungsrahmen für andere Politikfelder (Wirtschafts- und Strukturpolitik, Umweltpolitik etc.) dienen und enthält daher keine detaillierten Vorschläge hinsichtlich einer Instrumentierung. Folgende Ziele sollen durch die Strategie in einem Zeitraum von 25 Jahren erreicht werden (ebd.: 9 ff.):

- Aufbau der Wissensbasis – Datenzentrum für politische Entscheidungsträger zur Verbesserung der Wissensbasis im Bereich der Ressourcennutzung und ihrer Umweltauswirkungen.
- Fortschrittmessung – Entwicklung von Indikatoren. Handlungsbedarf wird hier für drei Bereiche gesehen: (1) Indikatoren zur Messung der Fortschritte bei der Effizienz und Produktivität der Verwendung natürlicher Ressourcen, einschließlich Energie, (2) ressourcenspezifische Indikatoren, um zu bewerten, wie negative Umweltfolgen von der Ressourcennutzung abgekoppelt wurden, und (3) einen Gesamtindikator zur Messung der Fortschritte bei der Reduktion natürlicher Res-

sources und die dadurch entstehende ökologische Belastung (Ökoeffizienz-Indikator).

- Anwendung strategischer Ansätze und Verfahren sowohl in den Wirtschaftssektoren als auch in den Mitgliedstaaten. Zur Begleitung der entsprechenden Pläne und Programme soll ein High-Level-Forum auf EU Ebene eingerichtet werden.
- Sensibilisierung der Interessengruppen und Bürger für die erheblichen negativen Umweltfolgen der Ressourcennutzung.
- Schaffung eines internationalen Gremiums für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen

Für Fragen der Gerechtigkeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ist besonders relevant, dass die mit der Ressourcennutzung in Europa verbundenen Auswirkungen in anderen Teilen der Welt berücksichtigt werden und eine Problemverlagerung ausgeschlossen wird. Strategisch wird dabei auf eine relative Entkopplung von Bruttosozialprodukt und Ressourcenverbrauch gesetzt, die teilweise schon erreicht ist.

Bei der Umsetzung dieses Ansatzes muss die unterschiedliche Materialintensität und Ressourcenproduktivität der verschiedenen Branchen berücksichtigt werden. Es bedarf einer Rahmensteuerung, die den Kostenfaktor Arbeit entlastet und Anreize für eine Verbesserung der Ressourcenproduktivität schafft.

Wie eine Studie der Aachener Kathy-Beys-Stiftung (2005) zeigt, bringt eine generelle Verbesserung der Ressourcenproduktivität enorme Vorteile für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft mit sich. Mit relativ einfach zu realisierenden Rahmenbedingungen könnten Beschäftigungsgewinne von über einer Million Arbeitsplätze sowie eine deutliche Entlastung der Staatsfinanzen erreicht werden.

Die Einführung einer Materialinputsteuer (MIT) und die gleichzeitige aufkommensneutrale Senkung der Einkommensteuern würde im Rahmen eines Nachhaltigkeitsszenarios eine absolute Senkung des Ressourcenverbrauchs im Sinne eines Faktor 2 bis 2020 trotz einer deutlichen Steigerung der Wachstumsraten bewirken: Am Ende des Betrachtungszeitraumes würde sich das BIP um 12% gegenüber der Basisprognose erhöhen. Gleichzeitig würde die Beschäftigung bis 2020 um etwa eine Million ansteigen, der Finanzierungssaldo des Staates würde sich deutlich um 103 Mrd. Euro erhöhen, die Ertragslage der Unternehmen würde sich um 120 Mrd. Euro verbessern.

Eine Verlagerung der Mehrwertsteuer weg von der Dienstleistung hin zum Materialverbrauch würde einen weiteren positiven Beschäftigungseffekt von ca. 150.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen haben. Darüber hinaus wäre eine solche Veränderung weitgehend EU-kompatibel. Der Einfluss auf den Ressourcenverbrauch wäre mit -1,5% aber geringer als die MIT. Nicht zu vernachlässigen wäre darüber hinaus der dämpfende Einfluss dieser Maßnahme auf die Schattenwirtschaft.

Aus einer gerechtigkeits-theoretischen Perspektive führt die Verbindung von Ressourcenproduktivität und gesellschaftlicher Wohlfahrt zu neuen (kollektiven) Möglichkeiten,

nachhaltige Entwicklung zu gestalten (in Abgrenzung zur Optimierung individueller Präferenzen). Das wohlfahrtstaatliche Konzept dieses Ansatzes legitimiert sich durch die Schaffung einer erweiterten Optionalität auf gesamtgesellschaftlicher Basis. Allerdings ist dieser Handlungsspielraum an zwei Bedingungen geknüpft: die moderate Entwicklung der Löhne und die Bereitschaft der Unternehmen, die Produktivitätsgewinne zu reinvestieren.

Insofern werden in diesem Modell implizit verteilungspolitische Vorgaben gemacht: Die Arbeitnehmereinkommen der Arbeitsplatzbesitzer werden nicht am ökologischen Produktivitätsfortschritt beteiligt, damit an anderer Stelle neue Arbeitsplätze entstehen können. Und die Produktivitätserträge dienen nur in eingeschränktem Maße der Gewinnmaximierung des Kapitalgebers. Mit diesen Prämissen werden Gerechtigkeitsfragen virulent, die aber nur auf der konkreten betrieblichen Ebene geklärt werden können.

Damit zielt der Ansatz auf das solidarische Teilen zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen (vgl. hierzu auch Kersting 2000: 160 ff.) Dieses Modell wird aber nur möglich, wenn der ökonomische Wohlstand aufgrund von ökologischen Produktivitätsfortschritten insgesamt steigt. Der Ansatz zur Steigerung der Ressourcenproduktivität zielt daher nicht unmittelbar auf sozialen Ausgleich, sondern auf die Weiterentwicklung des ordnungspolitischen Rahmens einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft. Der Optionalitätsspielraum soll insgesamt erweitert werden.

Im Kern wird ein in sich schlüssiges Modernisierungskonzept vorgestellt, welches auf bestimmten Annahmen hinsichtlich der Steigerung der Ressourcenproduktivität und den daraus resultierenden Wettbewerbsvorteilen für die deutsche Wirtschaft beruht. Mögliche Verteilungskonflikte werden durch qualitatives Wachstum vermieden. Kritisch bleibt zu hinterfragen, ob durch die Produktivitätsfortschritte in einzelnen Branchen nicht auch Wachstumsschübe ausgelöst werden können und dies hinsichtlich des Naturverbrauchs zu Rebound-Effekten führt. In der weiteren Debatte über derartige Konzepte ist daher das Verhältnis von verbesserter ökonomischer Allokation und den absoluten ökologischen Verbrauchsniveaus zu thematisieren. Denn wenn die aus ökologischer Sicht als notwendig erachtete Niveauabsenkung nicht durch Produktivitätsfortschritte kompensiert werden kann, kommen direkt Gerechtigkeitsfragen ins Spiel. Insgesamt ist die zentrale Frage, welche Spielräume durch eine verbesserte Ressourcenproduktivität entstehen und wie diese auf individueller oder unternehmerischer Ebene genutzt werden können. Die Vorteile und Erträge einer verbesserten Ressourcenproduktivität können daher als ein interessantes Feld ökologischer Gerechtigkeit angesehen werden.

6.3 Nachhaltige Lebensstile, soziale Milieus und Wohlfahrt

In der Debatte um nachhaltige Entwicklung nehmen Fragen nach einer umweltverträglichen und nachhaltigen Lebensführung eine zentrale Stellung ein. Zur Erklärung unterschiedlichen Konsumverhaltens wird auch auf Erkenntnisse der Lebensstilforschung zurückgegriffen. Aus diesem Forschungsgebiet soll nun die Arbeit von Kleinhüchelkotten (2005) besonders herausgehoben werden, weil sie explizit die Nachhaltigkeitspotenziale

der in Deutschland vorfindbaren sozialen Milieus im Rahmen einer umfassenden Delphi-Befragung untersucht hat. In der Befragung von Experten und Expertinnen aus dem Nachhaltigkeitsdiskurs wurden Lebensstildimensionen wie Wertorientierungen, Einstellungen, Kenntnisse, Fähigkeiten und Verhaltensweisen thematisiert, die die Umsetzung des Nachhaltigkeitsleitbildes unterstützen können. Die Ergebnisse der Befragung wurden von Kleinhüchelkotten zu einem idealtypischen nachhaltigen Lebensstil verdichtet. Elemente dieses idealtypischen nachhaltigen Lebensstils wurden auf ihre Anschlussfähigkeit an bestehende Lebensstilgruppen bzw. soziale Milieus untersucht, mit dem Ziel „bestehende Potenziale für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategien Effizienz, Konsistenz und Suffizienz in den sozialen Milieus zu ermitteln“ (Kleinhüchelkotten 2005: 105). Der Fokus lag hierbei auf der Suffizienzstrategie, denn „(erst) die Berücksichtigung der Suffizienzperspektive macht (...) den idealtypischen nachhaltigen Lebensstil aus“ (Kleinhüchelkotten 2005: 127).

In den verschiedenen Milieus (nach SINUS Sociovision) herrschen sehr unterschiedliche Ausprägungen von nachhaltigkeitsrelevanten Einstellungen und Verhaltensweisen vor, die jeweiligen Potenziale sind unterschiedlich groß. Zurzeit existiert aber kein Lebensstil, der komplett als nachhaltig bezeichnet werden kann.

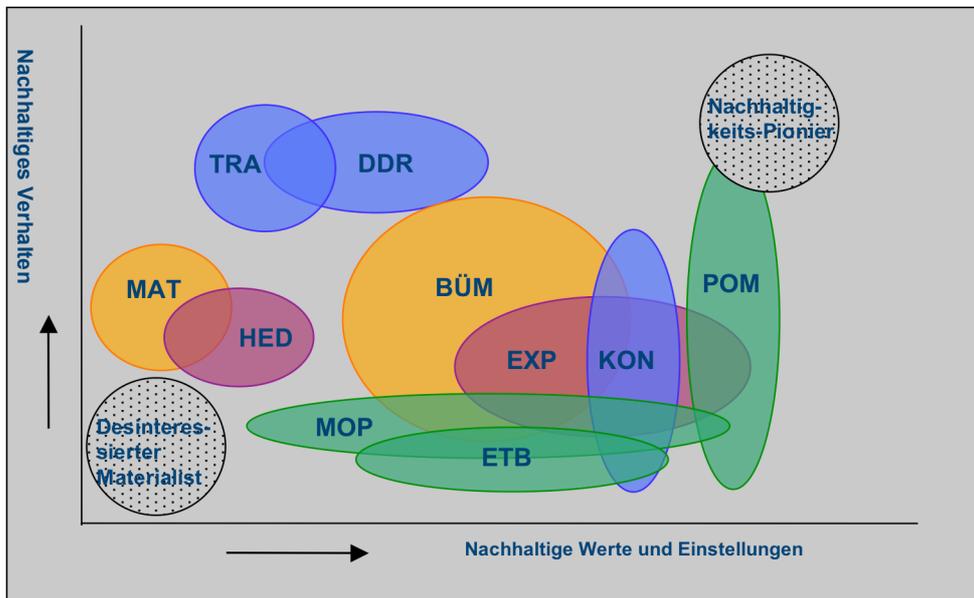
Generell kommt das *Postmaterielle Milieu* (POM) dem nachhaltigen Lebensstil am nächsten, da es „eine unverkennbare Orientierung an immateriellen Werten, wie Selbstverwirklichung, Zeitsouveränität, Umweltverträglichkeit und sozialer Gerechtigkeit sowie Solidarität und Toleranz, aufweist und sich kritisch mit der Globalisierung und dem technischen Fortschritt auseinandersetzt“ (Kleinhüchelkotten 2005: 155). Trotzdem wird vermutet, dass das tatsächliche Verhalten nicht nachhaltiger ist als das des Bevölkerungsdurchschnitts aufgrund eines „selektiven Patchwork-Handelns“ von umweltschonendem und umweltschädigendem Verhalten (ebd. 156). Die Angehörigen des Milieus machen z.B. häufiger Urlaubsreisen und nutzen dabei als Verkehrsmittel oftmals das Auto. Im Alltag werden dagegen öffentliche Verkehrsmittel bevorzugt (ebd.).¹³ Sparsamkeitsorientierung wie energiesparendes Verhalten oder der Kauf hochwertiger und langlebiger Produkte findet sich in traditionellen Milieus, dem *Traditionsverwurzelten Milieu* (TRA), dem *Konservativen Milieu* (KON) und dem *DDR-Nostalgischen Milieu* (DDR) wieder (Kleinhüchelkotten 2002).

Bestimmte Aspekte der Suffizienzstrategie wie Verzicht, Bescheidenheit und Genügsamkeit entspringen beim *Traditionellen Milieu* eher aus ihrem Wertehintergrund als aus hohem Umweltbewusstsein oder Gerechtigkeitsempfinden. Die *Modernen Performer* (MOP) sind für Einstellungen wie Gerechtigkeit, Offenheit für Veränderungen und Selbstverant-

¹³ Siehe dazu ausführlich: Götz, Konrad (2005): Travel and Holiday Styles - Target Groups for Sustainable Tourism. Institut für sozial-ökologische Forschung. (pdf-Download unter www.invent-tourismus.de, Zugriff am 12.06.2006)

wortung zugänglich, „nur das diese Einstellungen und Fähigkeiten sich nicht immer im Handeln wieder finden lassen“ (Kleinhüchelkotten 2002: 242).

Abbildung 4: Soziale Milieus und Nachhaltigkeit

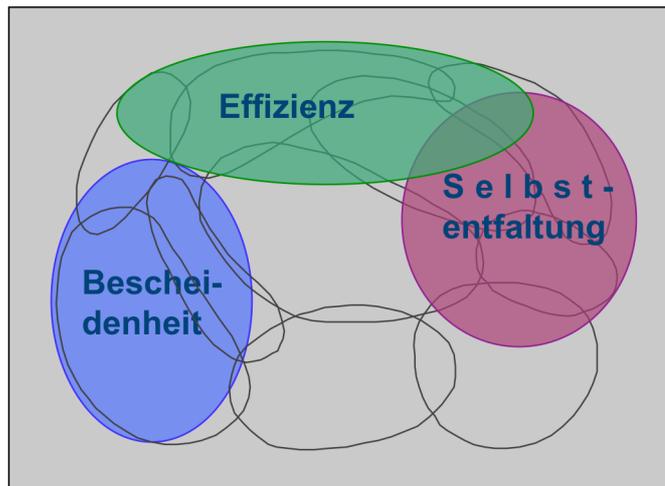


Quelle: Kleinhüchelkotten (2005)

Abbildung 4 zeigt die verschiedenen sozialen Milieus und ihre Werte und Einstellungen zu Nachhaltigkeit und Ressourcenverbrauch. Der „Nachhaltigkeitspionier“ steht hier konträr zum „Desinteressierten Materialisten“. Beide Idealtypen stellen die extremen Pole von nicht vorhandenem bzw. hohem Nachhaltigkeitsbewusstsein auf der Einstellungsachse bis zu hohem bzw. sparsamem Ressourcenverbrauch auf der Verhaltensachse dar.

Anschlussmöglichkeiten für nachhaltige Einstellungen und Verhaltensweisen an die sozialen Milieus wurden über drei idealtypische Orientierungen gebildet. **Bescheidenheit** wurde mit der Orientierung auf Sparsamkeit, Einfachheit und Genügsamkeit, teilweise mit qualitativem Konsum und der Beachtung der Langlebigkeit und Qualität von Produkten definiert. **Selbstentfaltung** wurde mit der positiven Einstellung zu Selbstverwirklichung, Selbstverantwortung und Kreativität, zu immateriellem Wohlstand und der Ausübung sinnstiftender Tätigkeiten erklärt. Die **Effizienzorientierung** wurde über die Attribute hohes Umweltbewusstsein, Status- und Besitzorientierung und hohe Zahlungsbereitschaft für ökologische Produkt- und Dienstleistungsalternativen erklärt (Kleinhüchelkotten 2004).

Dabei ist es möglich, dass nur bestimmte Segmente des jeweiligen Milieus Affinitäten zu diesen Mustern aufweisen. Gemeinsamkeiten sind „Effizienz“ und „Bescheidenheit“ in den *Konservativen Milieus (KON)* und „Effizienz“ und „Selbstentfaltung“ in den Milieus der *Postmateriellen* und der *Modernen Performer (MOP)*. Die *Bürgerliche Mitte (BÜM)* weist Überschneidungen zu allen drei Orientierungsmustern auf (ebd.).

Abbildung 5: Gemeinsame Nachhaltigkeits-Affinitäten in den verschiedenen Milieus

Quelle: Kleinhüchelkotten (2005)

Mit der Orientierung an persönlichen Attributen zur Charakterisierung der Potenziale für nachhaltige Lebensstile beschreibt Kleinhüchelkotten einen Weg, der unter „normativen Vorzeichen“ und weniger empirisch fundiert seit Jahren auch in der Suffizienzforschung besprochen wird.

Bereits in der Formel „Weniger kann auch mehr sein“ aus der Studie Zukunftsfähiges Deutschland (BUND/Misereor 1996) wird eine Verbindung zwischen Bescheidenheit und Selbstentfaltung gesucht. Insofern waren Suffizienzkonzepte immer schon mehr als nur reine Verzichtstrategien. „Suffizienz wird zu Unrecht mit Mangel und Entsagung verbunden. Sie führt zu einem neuen Wohlstandsverständnis und hilft dazu, das Verhältnis von materiellen Gütern und immateriellen Bedürfnissen besser zu bestimmen“ (Linz 2002: 6). Daher bezieht sich die „Vermeidung des Zuviel“ (Scherhorn 2001) ausdrücklich nur auf die materielle Seite des Konsumhandelns und nicht auf das gesamte Alltagshandeln der Menschen. Es werden Strategien zur Wohlstandsoptimierung aufgezeigt, in denen das Verhältnis von Güterwohlstand, Zeitwohlstand und Raumwohlstand neu bestimmt wird. Suffizienz als ein Element nachhaltiger Lebensstile zielt auf ein ganzheitliches Wohlbefinden und die Erhaltung der vollen Funktionsfähigkeit der dazu beitragenden Potenziale. Mit letzterem wird Suffizienz auch zu einem Handlungsprinzip, welches den Individuen abverlangt, den Zielcharakter der zur Verfügung stehenden Mittel zu reflektieren.

Die Ergebnisse der Arbeit von Kleinhüchelkotten zeigen, dass die von ihr befragten Experten eher einem traditionellen Suffizienzverständnis folgen (Askese, Verzicht) und daher starke Verbindungslinien zu den Traditionsverwurzelten und dem Konservativen Milieus bestehen. Die Möglichkeiten, nachhaltige Lebensstile auch in innovativen und veränderungsbereiten Milieus zu praktizieren, werden als eher gering eingeschätzt.

Die Fragen nach der Veränderungsbereitschaft der Konsumentinnen und Konsumenten werden je nach Ansatz unterschiedlich beantwortet. Die Ergebnisse des Armuts- und Reichtumsberichtes legen die Frage nahe, welchen Einfluss die Einkommenssituation auf das Verhältnis von materiellem und immateriellem Konsum hat.

Auf der anderen Seite ist vor eindimensionalen Erklärungen zu warnen. Soziale Lage und andere objektive Faktoren wirken nicht deterministisch (Reusswig 1994). Ernährungsstile sind beispielsweise eng mit Gewohnheiten der Alltagsgestaltung und dem Bildungsstand verknüpft (vgl. Hayn/Empacher 2004). Diese kulturellen Elemente der Konsumpraxis fasst Brand mit dem Begriff der Umweltmentalität. Unter Mentalitäten versteht er „sozial geteilte, handlungsleitende Sinngewissheiten und Orientierungsmuster, Formen der Alltagsmoral, (...) die durch soziale Herkunft und alltägliche Lebenspraxis erworben und modifiziert werden“ (Brand 2004: 206). Einzelne dieser Umweltmentalitäten seien eher milieuübergreifend als mit bestimmten Milieus verbunden. Für Brand erfordert die Tatsache, dass „die ökologische Thematik (...) sich offensichtlich nicht bruchlos in überlieferte Lebensformen und in neue, konsum- oder erlebnisorientierte Lebensstile integrieren“ lässt, eine stärkere soziale und kulturelle Kontextualisierung der Nachhaltigkeitsdebatte (Brand 2004: 207). Die unterschiedlichen symbolischen Resonanzen der geforderten Verhaltensweisen im Kontext der verschiedenen Umweltmentalitäten sollten daher in Rechnung gestellt werden (Brand 2004: 210)

Erst durch diese Erweiterung eröffnet sich die Möglichkeit, die verschiedenen Motive zusammenzuführen (Motivbündel) und in sozialer Hinsicht den Weg für Motivallianzen zu bereiten. Zur Stabilisierung dieser Motivallianzen sind Feed-Back-Strukturen hilfreich, die das nachhaltige Konsumverhalten stützen (Berichtssysteme, Anreize, Belobigung, symbolische Aufladung des vorbildlichen Verhaltens). Es sollte aber auch thematisiert werden, dass durch die Verringerung von externen Effekten die Belastungen der Allgemeinheit (z.B. Beanspruchung des Gesundheitswesens) zurückgehen werden.

Im Handlungsfeld „Ernährung“ sind die Wohlfahrtskosten einer nicht-nachhaltigen Lebensweise eng mit gesundheitlichen Aspekten verknüpft. Aus dem Weltgesundheitsbericht der WHO (2002) „Risiken senken – gesundes Leben fördern“ geht hervor, dass sechs von sieben Risikofaktoren für schwere chronische Erkrankungen und einen frühzeitigen Tod auf eine ungesunde Ernährung und mangelnde Bewegung zurückzuführen sind. 70 Prozent der anfallenden Kosten im Gesundheitswesen sind Herzkreislaufstörungen, Diabetes oder Fettleibigkeit zuzuschreiben. Im Frühjahr letzten Jahres wurden deshalb globale Strategien der WHO zur Förderung von Ernährung und Bewegung erarbeitet.

Der WHO-Ansatz arbeitet mit einem negativen Zielsystem. Aus der Perspektive der Verwirklichung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster ist aber wichtig - ergänzend hierzu - ein positives Zielsystem zu entwickeln. Gesunde Ernährung als die persönliche Orientierung an einer allgemeinen „Kultur der Nachhaltigkeit“ wäre dann als persönliche Investition in das eigene „Humankapital“ anzusehen. Wenn es gelingt, diese Praktiken zu verallgemeinern, wird hierdurch das Gesundheitspotenzial der Gesamtgesellschaft gestärkt.

Diese positiven Effekte auch in Berichtssystemen abzubilden, muss als besondere Herausforderung angesehen werden.

6.4 Soziale Nachhaltigkeit und die Stärkung der Entwicklungs- und Problemlösungsfähigkeit

Das Bruttosozialprodukt ist bis heute der meistgebrauchte Indikator für gesellschaftliche Wohlfahrt; quantitatives Wirtschaftswachstum ist und bleibt der zentrale Angelpunkt ökonomischen und oftmals auch politischen Denkens. Die sozialwissenschaftliche Wohlfahrtsforschung benutzt demgegenüber einen differenzierteren, mehrdimensionalen Begriff von Wohlfahrt. Drei wesentliche Dimensionen des Wohlfahrtsbegriffs sind hier besonders hervorzuheben:

- Wohlfahrt hat als politischer Gestaltungsauftrag sowohl auf einer individuellen als auch auf einer gesamtgesellschaftlichen Bezugsebene.
- Wohlfahrt kann sowohl objektive Faktoren in Form gegebener oder nicht gegebener Lebensbedingungen als auch subjektive Komponenten individuellen Wohlbefindens umfassen.
- Wohlfahrt kann sowohl materielle wie auch immaterielle Komponenten beinhalten: Zu den „Grundlagen individuellen Wohlbefindens“ können soziale Anerkennung, Zugehörigkeit etc. ebenso gehören wie die Verfügung über materielle Ressourcen.

Die Problematisierung der sozialen, ökologischen und kulturellen Folgekosten eines ein-dimensionalen, quantitativ-ökonomistischen Wohlfahrtsparadigmas bildet den gemeinsamen Ausgangspunkt vieler alternativer Wohlfahrtskonzeptionen wie auch der Debatte um Nachhaltige Entwicklung. Im Zentrum solcher qualitativ-mehrdimensionalen Wohlfahrtskonzeptionen steht oftmals der Begriff der „Lebensqualität“.

Lebensqualität ist ein multidimensionales Konzept, welches sowohl materielle als auch immaterielle und sowohl objektive als auch subjektive Wohlfahrtskomponenten umfasst und das „Besser“ gegenüber dem „Mehr“ betont (Noll 2000). In der empirischen sozialwissenschaftlichen Wohlfahrtsforschung gibt es eine Bandbreite von Forschungsansätzen, welche zur Analyse der Lebensqualität eine jeweils spezifisch gewichtete Kombination von objektiv gegebenen Lebensbedingungen und individuell-subjektiven Wahrnehmungen untersuchen (vgl. Noll 2000):

- Der „Level of Living“-Ansatz betont die *objektiven* Lebensbedingungen und blendet subjektive Wahrnehmungsmuster weitgehend aus. Zu den individuellen *Ressourcen* wie Einkommen, Vermögen, Bildung, soziale Beziehungen und „psychische und physische Energie“ treten als externe Rahmenbedingungen auch Aspekte der allgemeinen Lebensbedingungen wie sozialstaatliches Handeln, Infrastrukturausstattung, Marktkonstellationen (Arbeits- und Wohnungsmarkt) und die Qualität der natürlichen Umwelt. Wohlfahrt lässt sich somit als Kombination individueller Ressourcen und gesellschaftlicher Determinanten verstehen.

- Die „Quality of Life“-Perspektive ist demgegenüber eher *sozialpsychologisch* orientiert und betont die Bedeutung *subjektiver* Wahrnehmungs- und Bewertungsprozesse als immaterielle Wohlfahrtskomponenten. Das subjektive Wohlbefinden, individuelles Glück und allgemeine Lebenszufriedenheit der einzelnen Individuen dienen hier als Maßstab für individuelle Wohlfahrt.
- Der „Basic needs approach“ nach Allardt (1973) unterscheidet drei Kategorien von Grundbedürfnissen: *Having* umfasst die materielle Dimension, die ökonomischen Ressourcen, Wohnbedingungen, Beschäftigung und Arbeitsbedingungen, Gesundheit, Bildung und Umweltverhältnisse. *Loving* umfasst Bedürfnisse nach Zugehörigkeit, soziale Kontakte in der Nachbarschaft und am Arbeitsplatz, Familie, Freunde, Aktivitäten und Beziehungen in Vereinen etc. *Being* beinhaltet Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung, Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten und Möglichkeiten sinnvoller Arbeit und Freizeitbetätigung. Lebensqualität wird eng auf diese Bedürfnisse bezogen und empirisch durch objektive und subjektive Indikatoren der Bedürfnisbefriedigung gemessen.
- Die deutsche empirische Wohlfahrtsforschung (Glatzer/Zapf 1984) bestimmt Lebensqualität durch eine Kombination individueller Lebensbedingungen und subjektiven Wohlbefindens. Als Komponenten der Lebensqualität werden im Rahmen des Wohlfahrtssurveys und des Sozioökonomischen Panels (SOEP) sowohl die objektiv gegebene materielle Ausstattung wie auch die subjektive Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen (Arbeit, Wohnen, Freizeit, politische Partizipation etc.) abgefragt. Aus der Kombination von objektiven Bedingungen und subjektivem Wohlbefinden entstehen unterschiedliche „Wohlfahrtspositionen“ von Individuen und Gruppen innerhalb einer Gesellschaft.

Der Fokus der bislang dargestellten Ansätze liegt in erster Linie auf der *individuellen* Wohlfahrt. Fragen nach den Merkmalen einer „guten Gesellschaft“ werden eher indirekt angesprochen. An diesem Punkt, der Vermittlung individueller und gesamtgesellschaftlicher Aspekte von Wohlfahrt und Lebensqualität, setzen verschiedene neuere Wohlfahrtskonzepte an.

Von besonderem Interesse ist dabei der „Capabilities“-Ansatz von Amartya Sen (Sen 1999, Bowles/Gintis 2002). Als zeitgemäße, durchaus auch normativ gehaltvolle Weiterentwicklung qualitativer Wohlfahrtstheorien enthält dieser Ansatz Anschlussmöglichkeiten an Perspektiven der „sozialen“ wie auch der „ökologischen“ Gerechtigkeit. Im Deutschen mit „Verwirklichungschancen“ übersetzt, spielt dieser ursprünglich im Kontext der Entwicklungspolitik entwickelte Ansatz insbesondere im zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005) eine zentrale konzeptionelle Rolle.

Der Verwirklichungschancen-Ansatz ist ein im Vergleich zu anderen Ansätzen sehr handlungsorientiertes Konzept, welches Bürgerinnen und Bürger nicht als passive, staatlicherseits zu versorgende Empfänger von Leistungen begreift, sondern als aktive, selbstbestimmt handeln wollende Individuen (vgl. Leßmann 2005). In diesem Sinne erscheint der Capabilities-Ansatz, wie er im zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung interpretiert und verwendet wird, mit „aktivierenden“ und „sozialinvestiven“ Ansätzen in der Sozialpolitik in hohem Maße kompatibel.

Ausgangspunkt des Capabilities-Ansatzes ist die Skepsis gegenüber Wohlfahrtskonzeptionen, die überwiegend oder gar ausschließlich auf dem individuell verfügbaren Einkommen beruhen. Einkommen ist als Mittel zum Zweck, nicht als Zweck oder Ausdruck des Wohlergehens selbst zu betrachten; in diesem Sinne umfasst Wohlfahrt auch mehr als nur die Frage des Verfügens oder Nicht-Verfügens über Ressourcen. Wie der Soziologe Rudolf Stichweh anmerkt, trägt die Fokussierung auf Güter bzw. Ressourcen „zu wenig der Tatsache Rechnung, dass viele Aspekte der modernen Sozialordnung mit sozialen Beziehungen und mit Kommunikationsmöglichkeiten zu tun haben, und dass dies Aspekte von Lebensqualität sind, die der Ressourcenbegriff nicht angemessen zu formulieren imstande ist“ (Stichweh 2004: 2).

Der Capabilities-Ansatz wendet sich daher nicht direkt der materiellen Versorgung mit Gütern zu, sondern legt den Fokus auf die Erfassung individueller Teilhabe- und Verwirklichungschancen und geht damit über die Erfassung materieller Ressourcen hinaus. Was man in einer gegebenen Gesellschaft mit einem bestimmten Einkommen erreichen kann, hängt zunächst von persönlichen Bedingungen (Alter, Behinderungen, Krankheiten, Bildung, etc.) ab; in gleichem Maße relevant sind jedoch auch die gesellschaftlich bedingten Chancenstrukturen. Dazu gehören u.a. politische, ökonomische und soziale Chancen (Bildung, Gesundheit, Wohnen etc.), soziale Sicherheit sowie Transparenzgarantien (keine Korruption, Durchschaubarkeit formaler Rechte etc.). Wohlfahrt ist in diesem Sinne weniger als eine ausreichende Versorgung mit bestimmten Gütern, sondern vielmehr als „strukturell ermöglichte Handlungsfähigkeit“ (Stichweh 2004: 2) zu verstehen.

Zur Messung des Wohlergehens einer Person ist eine detaillierte Erfassung und Beschreibung ihrer Lebenssituation notwendig. Diese Lebenssituation lässt sich als Bündel von Funktionen (functionings) beschreiben, deren Erfüllung in unterschiedlichem Maße gewährleistet sein kann; darunter werden Aktivitäten, Zustände und Fähigkeiten verstanden (doings and beings). Das „Capability-Set“ fasst all jene Bündel von Funktionen zusammen, die für eine Person erreichbar sind, und damit die Bandbreite von real existierenden Teilhabe- und Verwirklichungschancen. Verwirklichungschancen sind demnach „die umfassenden Fähigkeiten („capabilities“) und realen Chancen der Menschen, ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten und das die Grundlagen ihrer Selbstachtung auf keinen Fall in Frage stellt“ (Volkert et al. 2003: 60).

Der Erfolg wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen und Programme kann also nicht an einzelnen einfachen Größen wie dem verfügbaren Einkommen überprüft werden; vielmehr gilt es, die Mehrdimensionalität der gesellschaftlichen Teilhabe zu berücksichtigen. Hier besteht eine starke Verbindung zu system- bzw. differenzierungstheoretischen soziologischen Theorieansätzen: soziologische Gesellschaftskonzepte in der Tradition von Parsons (Opielka 2004) unterscheiden mindestens vier gesellschaftliche Funktionssysteme (Wirtschaft, Politik, Gemeinschaft, Legitimation) mit jeweils eigenen Funktionslogiken und jeweils eigenen generalisierten Austauschmedien. Eine mehrdimensionales und in diesem Sinne umfassendes Verständnis von Wohlfahrt muss der jeweiligen Eigenlogik, Eigenständigkeit und Unersetzbarkeit der jeweiligen „Währung“ der verschiedenen Funktionssysteme

me Rechnung tragen. Ein Entwicklungskonzept, welches das „Besser“ gegenüber dem „Mehr“ betont, muss in diesem Sinne nicht nur auf qualitatives statt auf quantitatives Wachstum setzen, sondern diese Ziele auch systematisch „ausbuchstabieren“.

Ein solches Vorhaben stellt hohe Anforderungen an die Sozial- und Umweltberichterstattung. Hier befindet man sich in einem permanenten gesellschaftlichen Lern- und Suchprozess. Im zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird eingeräumt, dass geeignete Indikatoren und Operationalisierungen für das sehr komplexe Konzept der Teilhabe- und Verwirklichungschancen bislang zum Teil noch unterentwickelt sind und weiterhin nach geeigneten Messinstrumenten und genaueren Kenntnissen über die Wechselwirkungen der verschiedenen Wohlfahrtsdimensionen geforscht werden muss (Bundesregierung 2005: 11).

Diese Multidimensionalität und konzeptionelle Ausbaufähigkeit der Armuts- und Reichtumsmessung eröffnet vielfältige Möglichkeiten, Umwelt- und Nachhaltigkeitsindikatoren und somit auch Aspekte ökologischer Gerechtigkeit in verstärktem Maße in die Berichterstattung einzubinden und Querverbindungen herzustellen. Dazu müssten Indikatoren der Umweltberichterstattung an das Konzept der Verwirklichungschancen anschlussfähig gemacht werden.

Um eine solche Anschlussfähigkeit zu erreichen, könnte es möglicherweise angebracht sein, analog zu den beschriebenen aktuellen sozialpolitischen und wohlfahrtstheoretischen Tendenzen über eine ressourcenzentrierte Betrachtung hinauszugehen und eine stärker handlungsorientierte Perspektive einzunehmen. Folgender Satz aus dem Armuts- und Reichtumsbericht soll dies noch einmal verdeutlichen:

„Im Rahmen einer differenzierten Armuts- und Reichtumsberichterstattung wird nicht nur nach den verfügbaren Ressourcen gefragt, sondern vor allem danach, was die Menschen damit und daraus machen können“ (Bundesregierung 2005: 5)

Aus der Perspektive der ökologischen Gerechtigkeit könnten dabei folgende Fragen von durchaus praktischem Interesse sein: Inwiefern lässt sich der fehlende Zugang zu bestimmten Umweltgütern als Teil fehlender Verwirklichungschancen beschreiben? Inwiefern lassen sich ungleich verteilte Umweltbelastungen auch als mangelnde Teilhabechancen auffassen? Wie kann ökologische Gerechtigkeit dazu beitragen, individuelle Verwirklichungschancen zu eröffnen und zu stärken; müsste ökologische Gerechtigkeit nicht auch als unverzichtbare Grundlage individueller Handlungs- und Verwirklichungsfreiheit dargestellt und offensiv eingefordert werden?

6.5 Fazit

In den dargestellten integrierten Themenfeldern sind strategische Ansatzpunkte erkennbar, wie ökologische, soziale und ökonomische Ziele aufeinander bezogen werden können. Diese Bezugspunkte stellen für die Systeme der Umwelt- und Sozialberichterstattung eine

neue Herausforderung dar (siehe das nachfolgende Kapitel). Zum einen entstehen durch neue, integrative Politikfelder auch neue thematische Kontexte, die überhaupt erst zum Gegenstand der Berichterstattung gemacht werden müssen. Zum anderen besteht der Bedarf, die Berichtssysteme so zu gestalten, dass die gegenseitige Bedingtheit und Abhängigkeit einzelner Faktoren deutlich wird.

In den in dieser Studie diskutierten Themenfeldern betrifft dies vor allem folgende Punkte.

Tabelle 3: Forschungsbedarf mit Blick auf eine integrierte Umwelt- und Sozialberichterstattung

<i>Integriertes Handlungsfeld</i>	<i>Forschungsbedarf</i>
1 Arbeit, Lebensqualität und Ökologie	Berichtssysteme über die Verwendung der freien Zeit, Messung des Zeitwohlstandes Differenzierung der Arbeitsstatistik nach unterschiedlichen Arbeitsformen (Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Versorgungsarbeit, Bürgerarbeit)
2 Ressourcenproduktivität und Wohlstandentwicklung	Korrelationen, internationale Vergleiche
3 Nachhaltige Lebensstile, soziale Milieus und neue Wohlstandsmodelle	Soziale Ausdifferenzierung Versorgungsdichte mit nachhaltigen Gütern
4 Entwicklung von Wissens- Handlungs- und Gestaltungspotenzialen einer sozialen Nachhaltigkeit	Beschreibung von Landkarten (im Sinne optimaler Bedingungsgefüge) Identifizierung von Wissenslücken Verbindung der Berichtssysteme mit der Handlungsorientierung für bestimmte Zielgruppen

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

7 Perspektiven und Forschungsbedarf

Aus der Analyse der programmatischen Grundlagen des Nachhaltigkeitsdiskurses in Deutschland, der speziellen Berührungspunkte zum Thema „Ökologische Gerechtigkeit“ und der Betrachtung einzelner thematischer Schnittstellen im Kontext von Nachhaltigkeit und Wohlfahrt ergeben sich neue Perspektiven und Herausforderungen für die Gestaltung der Umwelt- und Sozialberichterstattung. Um in dieser Richtung wirklich orientierend wirken zu können, ist ein gemeinsames Verständnis über die Entwicklungspotenziale zukünftiger Nachhaltigkeitspolitik im Kontext der ökologischen Gerechtigkeit notwendig. Einen solchen Verständigungsprozess einzuleiten und argumentativ zu stützen, ist das Ziel der nachfolgenden Ausführungen.

Zunächst wird zusammenfassend auf einige zentrale Trends im Nachhaltigkeits- und Wohlfahrtsdiskurs eingegangen, um dann hieraus erste Schlussfolgerungen zu ziehen:

1. Für die zukünftige Ausrichtung von Sozial- und Umweltberichtssystemen und
2. für die Strukturierung des Diskurses über das Thema „Ökologische Gerechtigkeit“

Diese Schlussfolgerungen sind als ein Diskussionsbeitrag zu verstehen. Es ist hiermit nicht intendiert, bereits Handlungsempfehlungen auszusprechen. Um dies zu leisten, sind weitere, vor allem empirisch gestützte Forschungsarbeiten notwendig.

7.1 Zentrale Trends im Nachhaltigkeits- und Wohlfahrtsdiskurs

Nachhaltigkeit kann als Leitbild angesehen werden, dessen Gerechtigkeitspostulate sich in einem Spannungsfeld unterschiedlicher Orientierungen bewegen. Hiermit sind für die Gestaltung von Berichtssystemen einige offene Fragen verbunden:

- Das Verhältnis zwischen inter- und intragenerativer Gerechtigkeit kann mit ex-post Betrachtungen nicht aufgeklärt werden. Szenarien und Zeitreihen, die einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren umfassen, sind eher geeignet, die möglichen Konflikte zwischen Besitzstandswahrung und Chancen der nächsten Generation abzubilden.
- In dem Maße, wie auch für Deutschland nachhaltige soziale Entwicklungsziele formuliert werden, ergibt sich ein Spannungsfeld zwischen ökologischem Substanzerhalt und neuen Nutzungsansprüchen. Dies stellt auch eine Herausforderung für die Indikatorensysteme dar. Fortschrittsmessung darf sich z.B. bei den 21 Indikatoren der Nachhaltigkeit (vgl. Kapitel 3.2) nicht nur auf einzelne Aspekte beziehen, sondern es müssen auch die Zusammenhänge zwischen den Indikatorenbereichen beachtet werden.
- Nationale und regionale Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln zunehmend ihre eigene Entwicklungslogik und stehen damit vor der Herausforderung, die hieraus resultierenden Belastungen und Folgen in anderen Teilen der Welt rückzukoppeln. Dies betrifft z.B. so zentrale Indikatoren wie die Ressourcenproduktivität oder auch

das Ziel einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch. Zum einen müssen die nationalen Berichtssysteme auf ihre Kompatibilität mit den internationalen Berichtssystemen überprüft werden, zum anderen geht es aber dann darum, zentrale Indikatoren zu entwickeln, die auch in ähnlicher Weise erhoben werden. Welche Dynamik international vergleichende Studien auslösen können, haben die verschiedenen PISA-Studien im Bildungsbereich gezeigt. Ein international vergleichbares Ranking der Umweltleistung könnte dazu beitragen, dass dem Thema eine neue Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Sowohl die Sozial- als auch die Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichterstattung befinden sich in einem kontinuierlichen Prozess der Weiterentwicklung ihrer konzeptionellen Grundlagen und der entsprechenden Indikatorensysteme. Bei aller Verschiedenheit lassen sich in der Zusammenschau einige zentrale Trends identifizieren, welche sowohl in der jüngsten Entwicklung der Umwelt- und Nachhaltigkeits- als auch der Sozialberichterstattung und ihren jeweils zugrunde liegenden Gerechtigkeits- und Politikkonzeptionen deutlich werden und zunehmend auch in den Berichtssystemen zum Tragen kommen.

Von Ressourcen zu Teilhabe- und Verwirklichungschancen: Eine ausreichende Versorgung mit den notwendigen materiellen Ressourcen (dazu zählen auch Umweltgüter) ist und bleibt die Ausgangsbasis einer gerechten Politik und entsprechender Berichtssysteme. Der Zugang zu Bildung und Qualifikation und die Möglichkeit lebenslangen Lernens haben jedoch gegenüber rein materieller Versorgung in der heutigen Wissensgesellschaft ein viel höheres Gewicht erlangt. Auch im Sinne neuer Wohlstandsmodelle ist der partielle Ausschluss bestimmter Personen und Personengruppen von diesen Schlüsselressourcen das zentrale Gerechtigkeitsproblem, welches in der Berichterstattung in der Zukunft besondere Aufmerksamkeit verdient.

Von Versorgung zu Befähigung: Die Ermöglichung individueller und kollektiver Aktivität und Initiative steht im Mittelpunkt der neueren Ansätze nicht nur in der Sozialpolitik. Ein umfassendes Konzept ökologischer Gerechtigkeit ist in gleichem Maße als handlungsorientiertes Konzept zu verstehen, welches durch die Gewährleistung von Teilhabe und Partizipation die gesellschaftlichen Innovationspotenziale stärkt. In den kommenden Jahren sollte im Sinne der Evaluation der unternommenen Anstrengungen verstärkt danach geforscht werden, ob die bestehenden und die neu geschaffenen Angebote auch wirklich wahrgenommen werden und welche Zugangshindernisse eventuell bestehen.

Von Gleichheitspostulaten zu Fairnessanforderungen: Ungleichheiten sind nicht per se als ungerecht zu bezeichnen. Bewertungsmaßstab muss nicht ausschließlich die jeweilige Stellung im Vergleich zu anderen innerhalb der Gesellschaft sein (Gleichheitsperspektive), sondern vielmehr auch die Frage, ob Individuen angemessene Teilhabechancen und dementsprechende Entfaltungs- und Freiheitsspielräume gewährleistet werden (Fairnessperspektive). Dies darf jedoch nicht zur Konsequenz haben, dass bestehende Ungleichheiten kritiklos hingenommen werden. Daher ist es notwendig, weiterhin detaillierte Daten über ungleiche Belastungen insbesondere auf Individual- bzw. Haushaltsebene zu gewinnen.

Von der Nachsorge zur Vorsorge: Mögliche ökologische und soziale Schadenspotenziale sollen künftig im Sinne der Nachhaltigkeit bereits im Vorfeld erkannt und ihr Eintritt durch aktive Vorsorge nicht nur von staatlicher Seite, sondern auch von Unternehmen und insbesondere von den BürgerInnen selbst vermieden werden. Entsprechende Anreiz- und Frühwarnsysteme, beispielsweise in der Gesundheitsvorsorge, sollen ausgebaut und Vorsorgeaktivitäten auch in der Berichterstattung verstärkt abgefragt werden.

Von der Kompensation zur Investition: Die stärkere Zukunfts- und Vorsorgeorientierung politischer Planung, welche durch die Entwicklung entsprechender Zukunftsszenarien und Berichtssysteme wissenschaftlich unterstützt werden kann, könnte dazu führen, dass Ausgaben zur Förderung der Nachhaltigkeit noch stärker als bisher als lohnende Investitionen betrachtet werden, welche mittel- und langfristig den Staatshaushalt entlasten und Wohlstandsgewinne ermöglichen, und dementsprechend mehr politische und gesellschaftliche Akzeptanz erhalten. Dies wird insbesondere im Bereich neuer Umwelttechnologien deutlich.

Von vorgegeben Zielen zu partizipativen Verfahren: Auf Grundlage der Erkenntnis, dass gesellschaftliche Innovationsprozesse nicht von oben herab verordnet werden können, sondern auf das aktive Mitwirken und die konkreten Wissensbestände und Praxiserfahrungen der Stakeholder angewiesen sind, sollte der Transparenz und Interaktivität der Entscheidungsverfahren und der Zugänglichkeit von relevanten Informationen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, was unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten schon länger gefordert und in viel versprechenden Ansätzen bereits praktiziert wird.

Vor diesem Hintergrund ist eine stärkere wechselseitige Bezugnahme von Umwelt-, Nachhaltigkeits- und Sozialpolitik notwendig und eine verbesserte Integration der in den jeweiligen ressortspezifischen Berichtskontexten ermittelten Einzelergebnisse anzustreben. Eine solche Integration sollte sich auf die bereits bestehenden nationalen wie auch internationalen Berichts- und Indikatorensysteme stützen und diese systematisch um die Zielkontexte einer ökologischen Gerechtigkeit erweitern. Die hiermit verbundenen Herausforderungen werden im Einzelnen nachfolgend erläutert.

7.2 Herausforderungen einer integrierten Sozial- und Umweltberichterstattung

Das Ziel der ökologischen Gerechtigkeit stellt hohe Anforderungen an die Sozial-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichterstattung. Die „Berichterstattungslandschaft“ stellt sich als ein zum Teil recht heterogenes Feld dar; bestimmte Forschungsfragen und entsprechende Daten werden bislang nur unzureichend und unsystematisch erhoben. Eine Reihe von Herausforderungen sollen nachfolgend – im Sinne des weiteren Forschungs- und Handlungsbedarfes - benannt werden.

Mit dem Nachhaltigkeitsparadigma entsteht ein neuer Zielkontext. Berichtssysteme stehen damit als Erstes vor der Herausforderung, die Verbrauchsgrößen einer Gesellschaft ins Verhältnis zum Bestand der öffentlichen Güter (sauberes Wasser, intakte Landschaft, unbelastete Luft, natürliche Ressourcen, sozialer Zusammenhalt etc.) zu setzen. Für diese Bestandsgrößen müssen ggf. Mindestanforderungen formuliert werden, d.h. es müssen über gesellschaftliche Diskurse positive Zielwerte vereinbart werden, die dann als Maßstab für die Bewertung der Praxis dienen.

Diese Relation zu konkretisieren ist der wesentliche Unterschied zwischen einer herkömmlichen Umwelt- und einer Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Insofern ist die erste Frage an die sozialen und ökologischen Berichtssysteme: Wie wird der Bestand, das jeweilige Naturkapital, das Sozialkapital definiert? Sind Methoden zu deren Inventarisierung vorhanden? Wird der Ressourcen- und Umweltverbrauch ins Verhältnis zum Bestand gesetzt?

Ein derartiges methodisches Verständnis von Potenzial und Verbrauch liegt bezogen auf den Umweltverbrauch dem Faktor-10-Ziel¹⁴ zugrunde, im sozialen Bereich setzt sich die Rentenformel im Kontext der Generationengerechtigkeit sowohl aus Bestandsgrößen als auch aus Outputgrößen zusammen.

Von daher ist die **erste Anforderung**: Am Nachhaltigkeitskonzept orientierte Berichtssysteme müssen es ermöglichen, dass das Verhältnis von Bestandsgrößen und Verbrauch reflektiert werden kann; viele „Schadensberichte“ erfüllen diese Anforderung nicht.

Eine **zweite Herausforderung** an die Berichtssysteme ist die methodische Integration unterschiedlicher Maßeinheiten. Unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Entwicklung müssen drei Aspekte zusammengebracht werden:

- Wohlfahrts- und Wirtschaftsentwicklung (ausgedrückt in ökonomischen Kennziffern)
- Umweltverbrauch in Produktion und Konsum (gemessen in physikalischen Größen)
- Die Verteilung von Aktivitäten zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen (gemessen in Zeiteinheiten)

Die unterschiedlichen Messgrößen führen zu Problemen der Vergleichbarkeit und Kompatibilität unterschiedlicher Berichtssysteme. Eine einfache Lösung ist vielfach die Monetarisierung. Hieraus ergibt sich eine ökonomische Dominanz in vielen Berichtssystemen, die nicht weiter hinterfragt wird. Methodisch ist der Rückgriff auf Geldgrößen insofern prob-

¹⁴ Faktor 10 ist ein quantitatives Maß zur Dematerialisierung von entwickelten Industriegesellschaften, das sich am gesamten Stoffumsatz (einschließlich der „ökologischen Rucksäcke“) orientiert. Mit dem Faktor-10-Ziel wird den Entwicklungsländern gleichzeitig ein Spielraum zur Erhöhung ihrer Stoffumsätze gewährt. Demgegenüber orientiert sich die Faktor-4-Perspektive an dem heute bereits erzielbaren Fortschritte in der Ressourceneffizienz.

lematisch, als hiermit gleichzeitig die Bestandsgröße gewechselt wird: Vom Naturkapital oder Sozialkapital zum Wirtschaftskapital. Maßstab ist zum Beispiel dann nicht mehr, ob sich ein natürliches oder soziales System selbst regenerieren kann, sondern wie viel Kapital eingesetzt werden muss, um den Schaden zu beheben.

Eine **dritte Herausforderung** ist die sachliche Integration der Informationen in bestehende Problemkontexte¹⁵. Werden z.B. Bildung und soziale Lage als bedeutsame Indikatoren für das Umweltbewusstsein und das Umweltverhalten angesehen, so stellt sich die Frage, wie Informationen über den Bildungsstand von Konsumenten und Konsumentengruppen in Strategien zur nachhaltigen Lebensführung eingehen können. Dieses Beispiel deutet aber auch darauf hin, dass der Verwendungskontext vieler Statistiken offen ist (was durchaus unter Selektionsgesichtspunkten ein Vorteil sein kann), während Berichtssysteme immer schon kontextbezogen aufbereiten (und damit aber auch eine Vorauswahl treffen). Vor diesem Hintergrund ist zu empfehlen, Berichtssysteme so aufzubauen, dass Datenerhebung und Kontextualisierung in Bezug auf Nachhaltigkeitsdefizite methodisch sauber getrennt werden. Insbesondere in Bezug auf das Ziel der ökologischen Gerechtigkeit müssen die normativen Regeln zur Beurteilung von Gerechtigkeit offen gelegt werden, bevor bestimmte Tatbestände als gerecht oder ungerecht eingestuft werden.

Eine **vierte Herausforderung** ist die internationale Vergleichbarkeit der Aussagen. Nationale Berichtssysteme sollten sich vor dem Hintergrund der bestehenden internationalen Berichtssysteme um eine identische Erhebungsmethodik und Darstellung bemühen.¹⁶

Eine **fünfte Herausforderung** ist die Transparenz, Offenheit und Überschaubarkeit von Berichtssystemen. Es muss grundsätzlich nachvollziehbar sein, wie die Daten und Fakten erhoben wurden, wie die Auswahl der Indikatoren/Bewertungsmaßstäbe zustande kam und welche Ziele mit der Berichtslegung angestrebt werden. Gute Berichtssysteme thematisieren auch vorhandene Lücken und wie diese behoben werden können. Sie sind offen für die Integration neuer Erkenntnisse. Gleichzeitig muss jedoch der Bilanzierungsraum abgegrenzt bleiben, um eine Überkomplexität zu vermeiden.

Untere Beachtung der genannten Herausforderungen können Berichtssysteme die Idee der ökologischen Gerechtigkeit weiter konkretisieren. Aus dem sachlichen Zusammenhang der normativen Gerechtigkeitsannahmen und der Definition von nachhaltigen Gerechtigkeitskontexten resultieren einige spezifische Anforderungen an die Darstellung und Aufarbeitung von Gerechtigkeitsfragen:

- Der Gegenstand/Kontext von ökologischer Gerechtigkeit muss hinreichend definiert werden, so dass eine Abgrenzung des Bewertungsraumes in sachlicher, zeitli-

¹⁵ In dieses Themenfeld gehört auch die Regionalisierung bzw. Dezentralisierung von Informationen und die Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Informationsebenen (vgl. Hartmuth/Rink 2003: 14 ff.).

¹⁶ Vgl. hierzu auch die Debatte auf der europäischen Ebene über Nachhaltigkeitsindikatoren.

cher und räumlicher Hinsicht möglich ist (z.B. zeitliche Dimension der Vorsorge, sozialer Kontext der Fairness).

- Bestimmung von Ungleichheit: Ist diese empirisch feststellbar oder wird sie aufgrund bestimmter Normen und Werthaltungen angenommen? Wenn ja, um welche Werte und Normen handelt es sich dabei?
- Bestimmung von Handlungspotenzialen und Zugangsmöglichkeiten: Empirisch feststellbare Beteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppen?¹⁷
- Operationalisierung: Wen soll die Information veranlassen, anders zu handeln? Identifizierung von Zielgruppen, zielgruppenspezifische Aufbereitung der Informationen.
- Flexibilisierung: Werden Veränderungen sukzessive aufgenommen?

Die Beachtung dieser Regeln ist mit dem Problem der Datenverfügbarkeit bzw. des Beschaffungsaufwandes zur Erhebung der notwendigen Daten konfrontiert. Hierbei besteht die Gefahr, dass nur solche Gerechtigkeitsthemen aufgegriffen werden, für die bereits Berichtssysteme existieren oder über die ohne zusätzlichen Aufwand Daten beschafft werden können.

Vor dem Hintergrund der obigen Überlegungen zu Schnittmengen zwischen Arbeit und Ökologie soll abschließend noch einmal auf einige offene Fragen zur Informationsbereitstellung und Indikatorenbildung im Zusammenhang mit nachhaltigen Lebensstilen eingegangen werden. Nach der Systematik von Lorek und Lucas (2004) müssten v.a. Informationen über folgende Strukturbedingungen einzelner Produktgruppen der Basisversorgung (Kleidung, Ernährung, Energieverbrauch) vorhanden sein:

- Staatliche Anreize/Förderung,
- Angebotsstrukturen im Handel; Zugangshemmnisse zu ökologischen Produkten; Preisdifferenzen zwischen ökologischen und konventionellen Produkten,
- Stellenwert der Produktgruppe im Haushaltsbudget; Nutzungs- und Verbrauchsgewohnheiten; symbolische Relevanz der Produktgruppe für das Umweltverhalten,
- Gesellschaftliche Akzeptanz; Anerkennung/positive Feedbacks,
- Transparenz der Verursachungs- und Wirkungsketten,
- Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten (Good-Practice) für die verschiedenen Zielgruppen (Produzenten; Konsumenten).

Aber auch diese „Strukturdaten“ ergeben noch kein vollständiges Bild der Handlungsspielräume. Zum Beispiel besteht die Herausforderung, die Verwendung der Zeit auf verschiedene Aktivitäten der Personen (Erwerbsarbeit, Hausarbeit/Versorgungsarbeit, Eigenarbeit,

¹⁷ Das mangelnde Wissen über und die schwere Messbarkeit von Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Dimensionen der gesellschaftlichen Teilhabe und Verwirklichung wird beispielsweise im Armuts- und Reichtumsbericht explizit thematisiert.

Konsum, Muße/Regeneration) zu ermitteln, um die Handlungsspielräume für nicht auf materiellen Konsum ausgerichtete Lebensstile abschätzen zu können.

Bestehen bleiben wird das Problem, dass soziale und ökologische Gerechtigkeit im Sinne der Dokumentation und Berichtslegung nicht als objektiv verifizierbare Ziele verstanden werden können, sondern Bestandteil einer regulativen Idee sind. Gerechtigkeitsvorstellungen entstehen in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, die hiermit verbundenen Normen müssen faktische Anerkennung finden. Ein Maßstab dafür, ob diese Verständigung stattfindet, bieten Instrumente aus dem Bereich der Kommunikationswissenschaften: Auflage von Umweltzeitschriften, Anzahl bestimmter Veranstaltungen, Medienresonanz einzelner Themen, Werbeetats etc. Gelungene Integration und Kommunikation ist vielfach jedoch nur über weiche Faktoren (Eindrücke, Meinungen) darstellbar. Insofern haben umfassende empirische Erhebungen in diesem Bereich eine wichtige ergänzende Funktion zu den Berichtssystemen.

7.3 Möglichkeiten zur Strukturierung des weiteren Diskurses

Wie gezeigt werden konnte, existieren im Diskurs um nachhaltige Entwicklung unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen bezüglich des Zugangs und der Verteilung zu den Umweltgütern. Die hiermit verbundenen Themen bieten gleichzeitig Anknüpfungspunkte an die Fragen der allgemeinen Wohlfahrtsentwicklung und an die Debatten über eine Veränderung der sozialstaatlichen Regulierung. Aufgrund der zahlreichen Handlungsfelder und der vielfältigen Gerechtigkeitsaspekte ist die weitere Diskursentwicklung von einer Überkomplexität bedroht, die eine Verständigung der verschiedenen Akteure erschweren könnte. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, für die weitere Diskursentwicklung einige ordnende Elemente einzuführen, damit die Diskussion zielführend verlaufen kann. Diese Vorschläge sind als eine Heuristik zu verstehen, die helfen soll, Akteure und ihre Gerechtigkeitspostulate zu verorten (aber nicht zu bewerten).

Akteursbezogen sollte das Selbstverständnis, die eigene Rolle, geklärt sein. Zum besseren Verständnis dieser Rollen ist vielleicht eine allgemeine Typenbildung hilfreich, die aus den Analysen des Nachhaltigkeitsdiskurses gewonnen wurde.

In den untersuchten Studien sind unterschiedliche Zugänge zur Gerechtigkeitsproblematik zu erkennen. Sie ergeben sich teilweise aus den verschiedenen disziplinären Interessen, die aber wiederum eine ganz spezifische „Problemsicht“ mit sich bringen. Diskurstheoretische Ansätze befassen sich mit der Interpretation von Symbolen, analytisch orientierte Ansätze identifizieren Probleme oder Problemkontexte und begründen hiermit ihre Zielorientierungen, akteursorientierte Ansätze konzentrieren sich auf Verständigungsprozesse und mögliche Konfliktlagen. Diese Grundorientierungen sind prägend für die Diskursordnung der Nachhaltigkeit. Unterscheidungskriterien hierbei sind: Analysefokus, Problemverständnis, Ziele, Methoden und Handlungstypen. Nachfolgende Tabelle soll diese Ordnungstypologie verdeutlichen.

Tabelle 4: Ordnungstypologie

Ansatz	Ethisch/normative Positionierung	Problemorientierte Positionierung	Verfahrensorientierte Positionierung
Analysefokus	Weltbilder	Probleme	Prozesse
Methodologie	Ethik	Instrumente	Akteure, Institutionen
Orientierung	Werte	Indikatoren	Konsens/Dissens
Ergebnis	Reflexion, Wertewandel	Zielerreichung	Kooperation und Vermittlung
Handlungstypen	Ethiker(in)	Gestalter(in)	Moderator(in)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Mit dieser Typologie werden unterschiedliche Herangehensweisen an den Diskursgegenstand „Ökologische Gerechtigkeit“ deutlich: symbolische, instrumentelle oder diskursive. Diese Herangehensweisen drücken unterschiedliche Interessen am Diskursergebnis aus.

Es können drei Idealtypen von Akteuren identifiziert werden, die die drei Teilbereiche der Diskursordnung repräsentieren: Ethiker, Gestalter und Moderatoren. Aufgrund der unterschiedlichen wissenschaftlichen Ausbildung, der Denkweisen und des Aufgabenverständnisses haben diese drei Idealtypen objektive Verständigungsprobleme. Die Querbezüge sind schwach ausgeprägt, was für jede thematische Integrationsbemühung zum Hindernis werden kann.

Die Unterteilung ermöglicht eine neue Art der Reflexion innerhalb des beabsichtigten Diskurses über ökologische Gerechtigkeit

- hinsichtlich der eigenen Rolle,
- hinsichtlich der eigenen Institution,
- hinsichtlich der Einordnung fachlicher Beiträge.

Mit dieser holistischen Sicht kann auch bis zu einem gewissen Grad erklärt werden, warum zwischen bestimmten Institutionen und Akteuren Verständigungsprobleme auftreten können. Damit wird die Schnittstellenproblematik im Gerechtigkeitsdiskurs nicht nur als ein thematisches Problem zwischen unterschiedlichen Auffassungen und Interessen beschreibbar, sondern auch als ein Problem unterschiedlicher Methodologien, in denen unterschiedliche Erkenntnisabsichten, Heuristiken und Strategien wirksam sind.

In der weiteren Gestaltung von Foren und Kommunikationsplattformen würde es daher Sinn machen, die Ethiker, die Modellierer und die Moderatoren aus den Nachhaltigkeits- und Wohlfahrtsdiskurs zusammenzubringen. Aufgrund einer klaren Rollenverteilung und der damit verbundenen Offenlegung des Erkenntnisinteresses können Verständigungsprob-

leme verringert werden. Risikoreich erscheint dagegen ein Diskurskonzept, welches die Verständigungsprobleme ignoriert, ohne anzudeuten, wie die unterschiedlichen Erkenntnisinteressen zusammengeführt werden können.

Literaturverzeichnis

- Aachener Stiftung Kathy Beys (2005): Ressourcenproduktivität als Chance - ein langfristiges Konjunkturprogramm für Deutschland. Books on Demand, Aachen.
- Acker-Widmaier, G. (1999): Intertemporale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften. Zur normativen Begründung eines Leitbildes. Marburg.
- Allardt, E. (1973): About Dimensions of Welfare. Research Group of Comparative Sociology. Research Report No. 1, University of Helsinki. Helsinki.
- Bahn-Walkowiak, B. (2006): Umweltgüter – die materielle Seite der ökologischen Gerechtigkeit. Unveröffentlichtes Manuskript. Wuppertal.
- Becker, I./ Hauser, R. (2004): Soziale Gerechtigkeit- eine Standortbestimmung. Berlin.
- Biermann, F.; Pattberg, P. (2002): Governance zur Nutzung und Bewahrung von Gemeinschaftsgütern: Grundprobleme und Akteurskonstellationen in der Umweltpolitik. In: Schimank, U.; Lange, S. (Hrsg.): Governance und gesellschaftliche Integration. Leske und Budrich. Opladen.
- Bizer, K. (2000): Die soziale Dimension in der Nachhaltigkeit. In: ZAU. Jg. 13 (2000), H. 3/4. S. 469-482.
- Bleischwitz, R. (1998): Ressourcenproduktivität. Innovationen für Umwelt und Beschäftigung. Springer Verlag, Berlin / Heidelberg.
- Bleischwitz, R. (2005): Gemeinschaftsgüter durch Wissen generierende Institutionen. Ein evolutorischer Ansatz für die Wirtschaftspolitik. Metropolis-Verlag.
- Bleischwitz, R.; Schepelmann, P.; Schäfer, J. (2002): Sustainability Science: Towards an Evaluation Methodology for Research Programmes. Proceedings der Berlin. Konferenz „The Role of Knowledge in Sustainability Science (6.-7.12.2002). Online unter: <http://www.fu-berlin.de/ffu/akumwelt/bc2002/download.htm> (letzter Zugriff am 5.10.2006).
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (2001): Erster Bericht des Themendialogs Arbeit und Umwelt im Bündnis für Arbeit. Berlin.
- Bourg, D.; Erkman, S. (2003): Perspectives on Industrial Ecology. Greenleaf Publishing. Sheffield.
- Bowles, S.; Gintis, H. (2002): Social Capital and Community Governance. In: The Economic Journal. Bd. 112, No. 483. S. 419-436.

- Brand, K.-W. (1997): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen.
- Brand, K.-W. (2000a): Vision ohne Herzblut. Über die begrenzte Resonanzfähigkeit des Leitbildes der Nachhaltigkeit. In: Politische Ökologie, 17. Jg. (63/64), S. 19-22.
- Brand, K.-W. (2000b): Kommunikation über nachhaltige Entwicklung, oder Warum sich das Leitbild der Nachhaltigkeit so schlecht popularisieren lässt. In: Fischer, Andreas (Hrsg.): sowi-online-journal 1/2000 Im Internet unter <http://www.sowi.onlinejournal.de/nachhaltigkeit/brand.htm> (letzter Zugriff 14.3.2006).
- Brand, K.-W. (2004) Umweltbewusstsein und Alltagshandeln. In: Serbser, W. (Hrsg.): Humanökologie - Ursprünge, Trends, Zukünfte. Edition Humanökologie Band 1. München. S. 197-212.
- Brand, K.-W.; Jochum, G. (2000): Der Deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung. Abschlussbericht DFG. München.
- Bringezu, S. (2002): Towards Sustainable Resource Management in the EU. Wuppertal Paper 121. Wuppertal.
- BUND und Misereor (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie). Basel, Boston, Berlin.
- Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin.
- Bundesregierung (Hg.) (2005): Lebenslagen in Deutschland - Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin. Im Internet unter <http://www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/Soziale-Sicherung/berichte,did=89972.html> (letzter Zugriff am 5.10.2006).
- Bundesregierung (Hg.) (2005a): 14. Sozialbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Coenen, R.; Grunwald, A. (Hrsg.) (2003): Nachhaltigkeitsprobleme in Deutschland, Analyse und Lösungsstrategien. Global zukunftsfähige Entwicklung – Perspektiven für Deutschland. Berlin.
- Coleman, J. S. (1990): Foundations of Social Theory. Harvard University Press. Cambridge, Mass.
- Conrad, J. (2000): Nachhaltige Entwicklung: einige begriffliche Präzisierungen oder der heroische Versuch einen Pudding an die Wand zu nageln. Forschungsstelle für Umweltpolitik, FU Berlin. Berlin.

- Dabrock, P. (2001): Capability-Approach und Decent minimum. Befähigungsgerechtigkeit als Kriterium möglicher Priorisierung im Gesundheitswesen. In: Zeitschrift für Evangelische Ethik 46. S. 202-215.
- Daly, H. (1990): Towards some Operational Principles of Sustainable Development. In: Ecological Economics, Bd.2, Heft1. S.1-6.
- Dangschat, J. (1997): Sustainable City - Nachhaltige Zukunft für Stadtgesellschaften? In: K.W. Brand (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung, eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen. S. 169-191
- DESTATIS (2006): Sustainable Development Strategy and Environmental-Economic Accounting in Germany. EEA-Online-Publication. Karl Schoer. Wiesbaden. Als PDF unter http://www.destatis.de/download/d/ugr/prag_sdi_and_accounting.pdf (letzter Zugriff am 5.10.2006).
- Heitkötter, M.; Schneider, M. (Hrsg.) (2004): Zeitpolitisches Glossar. München. Als PDF unter <http://www.zeitpolitik.de/pdfs/zeit-glossar.pdf> (letzter Zugriff am 7.09.06).
- Diefenbacher, H.; Frank, A.; Leipner, I.; Teichert, V. und Wilhelmy, St. (2004): Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in Deutschland - Ein alternatives Indikatorensystem zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST). Texte und Materialien Reihe B Nr. 30. Heidelberg.
- Döring, D. (1995): Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat. Marburg.
- Dörre, K.; Heinz, W.R.; Howaldt, J. (2004): Nachhaltige Entwicklung. Vom 'Was' zum 'Wie' - Dortmunder Beiträge zur Sozial- und Gesellschaftspolitik, Band 51. Dortmund.
- Eblinghaus, H.; Stickler, A. (1996): Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development. Frankfurt.
- Eichhorst, W. (2005): Soziale Gerechtigkeit - aktivieren statt alimentieren. In: Personalwirtschaft 9/2005. S.66. Als PDF unter http://www.iza.org/personal_wirtschaft/0905.pdf (letzter Zugriff am 5.10.2006).
- Elkins, S. (2005): Soziale Gerechtigkeit als umweltpolitisches Steuerungsproblem. In: Corsten, M.; Rosa, H.; Schrader, R.: Die Gerechtigkeit der Gesellschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 229-260.
- Empacher, C.; Wehling, P. (2002): Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit. Theoretische Grundlagen und Indikatoren. Studentexte des Instituts für sozial-ökologische Forschung, Nr. 11, Frankfurt a. Main.
- Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt - Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung" (1998): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Bonn.

- Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages (1994): Die Industriegesellschaft gestalten. Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen. Bonn.
- Feindt, P. H. (2000): Die soziale Dimension in der Nachhaltigkeit und das Konzept des Sozialkapitals. In: ZAU, Jg. 13 (2000), H. 3/4. S. 483-92
- Fischer-Kowalski, M.; Haberl, H.; Hüttler, W.; Payer, H.; Schandl, H.; Winiwarter, V.; Zangerl-Weisz, H. (Hrsg.) (1997): Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung der Natur: ein Versuch in Sozialer Ökologie. Amsterdam.
- Fürst, D. (2003): Steuerung auf regionaler Ebene versus Regional Governance. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8/9.2003. S. 441 ff.
- Giddens, A. (1999): Der dritte Weg. Frankfurt.
- Glaeser, E.L.; Laibson, D.; Sacerdote, B. (2002): An Economic Approach of Social Capital. In: The Economic Journal. Bd. 112, No. 483. S. 419-436.
- Glatzer, W.; Zapf, W. (Hg.) (1984): Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt/New York.
- Götz, Konrad (2005): Travel and Holiday Styles - Target Groups for Sustainable Tourism. Institut für sozial-ökologische Forschung. PDF-Download unter www.invent-tourismus.de (letzter Zugriff am 4.10.2006).
- Grober, H. (1999): Der Erfinder der Nachhaltigkeit. In: Die Zeit, Nr. 48, 25.11.99.
- Grunenberg, H.; Kuckartz, U. (2003): Umweltbewusstsein im Wandel. Opladen.
- Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.) (2000): Arbeit und Ökologie. Endbericht. Setzkasten. Düsseldorf.
- Hartmuth, G.; Rink, D. (2003): Lokale Problemlagen im Licht globaler Normen: Das Integrative Nachhaltigkeitskonzept als Grundlage für ein kommunales Nachhaltigkeits-Informationssystem. In: Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis. Nr. 3, 12. Jg., November 2003. S. 14-24
- Hauff, V. (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven.
- Hauff, V.; Bachmann, G. (Hg.) 2006: Unterm Strich. Erbschaften und Erblasten für das Deutschland von morgen. München.
- Hayek, F. A. von (1968): Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Kieler Vorträge. Neue Folge 56. Kiel.

- Hayn, D.; Empacher, C. (2004): Ernährungsleitbilder und Alltag. In: Hayn, Doris/Empacher, Claudia (Hrsg.): Ernährung anders gestalten – Leitbilder für eine Ernährungswende. Institut für sozial-ökologische Forschung ISOE. oekom verlag. München. Im Internet unter <http://www.isoe.de/literat/ernaehranders.htm> (letzter Zugriff am 5.10.2006).
- Heinrich Böll Stiftung (2002): The Joburg Memo: Fairness in a Fragile World. Berlin.
- Heinrich Böll Stiftung (2005): Wer kriegt was? Die Zukunft der Gerechtigkeit. Böll. Thema Ausgabe 1/2005. Berlin.
- Hildebrandt, E. (1997): Nachhaltige Lebensführung unter den Bedingungen sozialer Krise – einige Überlegungen. In: Brand, K.W, (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen. S. 235-249.
- Hildebrandt, E. (1999): Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung [Flexible work and sustainable lifestyles]. Wissenschaftszentrum für die Sozialwissenschaften Berlin WZB Papers 42. Berlin.
- Hinterberger, F.; Omann, I.; Schmitz, S.; Spangenberg, J.H (2000): Ein ökologisch-soziales Nachhaltigkeitsszenario für Deutschland. Theoretische Grundlagen und empirische Ergebnisse. Magische Dreiecke. Berichte für eine nachhaltige Gesellschaft.
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE); Institut für Organisationskommunikation (IFOK) (2004): Momentaufnahme Nachhaltigkeit und Gesellschaft. Bericht hrsg. vom Rat für Nachhaltige Entwicklung. texte Nr.8. Berlin.
- Jänicke, M. (1993): Ökologische und politische Modernisierung in entwickelten Industriegesellschaften. In: v. Prittitz, V. (Hg.): Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß. Opladen.
- Jahn, T.; Wehling, P. (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse - Konturen eines theoretischen Konzepts. In: Brand. K.-W. (Hg), Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven. Soziologie und Ökologie Band 2, Reihe "Soziologie und Ökologie" . Leske + Budrich. Opladen. S. 75-93.
- Jischa, M. F. (Hrsg.) (1999): Das Leitbild Nachhaltigkeit und das Konzept Technikbewertung. In: Brandenburgische Umwelt Berichte (BUB). 5. Jg. (o.H.). S. 81-94.
- Jörissen, J. (2005): Konzepte von Nachhaltigkeit im Vergleich. Grundlinien, Konfliktpunkte, Weichenstellungen. In: Rink, H.; Huber, K.: Raum für Nachhaltigkeit. Zur Kontextualisierung des Leitbildes. Berlin.
- Kaufmann, F.-X. (1997): Herausforderungen des Sozialstaates. Frankfurt.
- Kaufmann, F.-X. (2005): Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen, 2.Aufl.. Opladen.

- Kehr, K. (1993): Nachhaltig denken. Zum sprachgeschichtlichen Hintergrund und zur Bedeutungsentwicklung des forstlichen Begriffs „Nachhaltigkeit“. In: Schweizer Zeitschrift für das Forstwesen. Nr.144. S. 595 - 605.
- Kersting, W. (2000): Theorien der sozialen Gerechtigkeit. Stuttgart/Weimar.
- Kleinhüchelkotten, S. (2002): Die Suffizienzstrategie und ihre Resonanzfähigkeit in den sozialen Milieus Deutschlands. In: Rink, D. (Hrsg.): Lebensstile und Nachhaltigkeit. Opladen, S.229-246.
- Kleinhüchelkotten, S. (2004): Kommunikation für eine nachhaltige Entwicklung. Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Nachhaltige Entwicklung und Sozialwissenschaften“ am 2.12.2004. Berlin.
- Kleinhüchelkotten, S. (2005): Suffizienz und Lebensstile. Ansätze für eine milieuorientierte Nachhaltigkeitskommunikation. Berlin.
- Klemmer, P.; Becker-Soest D.; Wink, R. (1998): Leitstrahlen, Leitbilder und Leitplanken. Ein Orientierungsfaden für die drei großen L der Nachhaltigkeitspolitik. In: Renner, A.; Hinterberger, F. (Hg.): Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus. Baden-Baden. S. 45-71.
- Knaus, A.; Renn, O. (1998): Den Gipfel vor Augen. Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft. Marburg.
- Kneer, G. (2000): Die soziale Dimension in der Nachhaltigkeit - Eine Stellungnahme zum Beitrag von Kilian Bizer. In: ZAU. Jg. 13 (2000), H. 3/4. S. 493-500.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2003): Entwicklung einer thematischen Strategie für die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen. Mitteilung der Kommission an den Rat und das europäische Parlament. KOM (2003) 572 endgültig. Als PDF unter http://europa.eu.int/eurlex/lex/LexUriServ/site/de/com/2003/com2003_0572de01.pdf (letzter Zugriff am 21.2.2006).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2005): Thematische Strategie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen. Mitteilung der Kommission an den Rat, das europäische Parlament, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. KOM (2005) 670 endgültig. Als PDF unter http://europa.eu.int/comm/environment/natres/pdf/com_natres_de.pdf (Letzter Zugriff am 21.2.2006).
- Kopfmüller, J.; Brandl, V.; Jörissen, J.; Paetau, M.; Banse, G.; Coenen, R. und Grunwald, A. (Hg.) (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren. Global zukunftsfähige Entwicklung - Perspektiven für Deutschland. 1. Bd. Berlin.

- Korczak, D. (2002): Nachhaltigkeitsindikatoren-System im Vergleich. Als PDF unter http://www.gp-forschungsgruppe.com/de/pdf/ak_nachh.pdf (letzter Zugriff am 15.07.2006).
- Lange, St.; Schminak, U. (2004): Governance und gesellschaftliche Integration - Lehrbuch. Wiesbaden.
- Leisering, L. (2004): Paradigmen sozialer Gerechtigkeit. Normative Diskurse im Umbau des Sozialstaats. In: Liebig, S.; Lengfeld, H.; Mau, S. (Hg): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in Modernen Gesellschaften. Campus Verlag. Frankfurt.
- Leist, A. (2005): Ökologische Gerechtigkeit: Global, intergenerationell und humanökologisch. In: J. Nida-Rümelin (Hg.): Angewandte Ethik. Die Bereichsethiken und ihre theoretische Fundierung (2., vollständig überarbeitete Auflage). Stuttgart.
- Lessenich, St. (2003): „Der Arme in der Aktivgesellschaft - zum sozialen Sinn des ‚Förderns und Forderns‘“. In: WSI Mitteilungen 4/2003. S. 214-220.
- Leßmann, O. (2005): Die Rolle des Capability-Ansatzes von Amartya Sen für die Sozialpolitik. In: ZES Report 2/2005. Universität Bremen. S.9-12.
- Lichtl, M. (1999): Ecotainment – Der neue Weg im Umweltmarketing: emotionale Werbebotschaften. Wien: Wirtschaftsverlag Ueberreuter.
- Linz, M. (2002): Warum Suffizienz unentbehrlich ist. In: Linz, M.; Bartelmus, P.; Hennicke, P. et al.: Von nichts zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit. Wuppertal Papers Nr. 125. Wuppertal Institut. Wuppertal.
- Lorek, S.; Lucas, R. (2003): Towards Sustainable Market Strategies – A Case Study on Eco-textiles and Green Power. Wuppertal Papers Nr. 130. Wuppertal Institut. Wuppertal.
- Maschewsky, W. (2001): Umweltgerechtigkeit, Public Health und soziale Stadt. VAS. Frankfurt/Main.
- Minsch, J. et al. (1998): Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit. Berlin.
- Münch, R. (1998): Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft. Suhrkamp. Frankfurt a.M.
- Neumayer, E. (1999): Weak versus strong sustainability. Cheltenham, UK.
- Noll, H.-H. (2000): Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte. WZB Paper 00-505. Berlin.

- Nullmeier, F. (2003): Spannungs- und Konfliktlinien im Sozialstaat. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Der Sozialstaat in der Diskussion, Bürger im Staat. 4/2003, S. 181-185.
- Nullmeier, F. (2004): Vermarktlichung des Sozialstaats. In: WSI-Mitteilungen 9/2004. S. 495-500.
- Opielka, M. (2000): Die soziale und sozialpolitische Dimension der Nachhaltigkeit. Offene Fragen und neue Herausforderungen. In: Kommune 11. S. 37-41.
- Opielka, M. (2004): Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons. Wiesbaden.
- Opschoor, J. B. (1992): Environment, Economics, and Sustainable Development. Groningen.
- Ott, H. (2001): Eine Theorie „starker Nachhaltigkeit“. In: Natur und Kultur. Bd. 2, H1, S. 55-75.
- Pearce, D.W.; Turner, R.K. (1990): Economics of Natural Resources and the Environment. London, New York.
- Priddat, B. P. (2003): Umverteilung: Von der Ausgleichssubvention zur Sozialinvestition. In: Lessenich, S. (Hg): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt/New York.
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (2004): Nachhaltigkeit im Visier. Gesellschaft fordert Politik – Unsere Schlussfolgerungen. texte Nr.9. Berlin.
- Rawls, J. (1994): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt/M.
- Reusswig, F. (1994): Lebensstile und Ökologie. Frankfurt a.M.
- Reusswig, F. (1998): Syndrome nicht-nachhaltiger Entwicklung. Versuch zu einem neuen Bild des Globalen Wandels. In: Littig, B. (Hg.): Ökologie und soziale Krise. Wie zukunftsfähig ist Nachhaltigkeit? Wien. S. 45-57.
- Reusswig, F. (2000): Sektion Soziologie & Ökologie. Protokoll der Frühjahrstagung. In: Soziologie. Nr. 4/2000. S. 62-77.
- Rink, D. (Hrsg.) (2001): Nachhaltig leben. Zum Zusammenhang von Lebensstilen und ökologischem Handeln. Leske + Budrich. Opladen.
- Rürup-Kommission (2003): Bericht. Kurzfassung. Im Internet unter <http://www.soziale-sicherungssysteme.de/download/index.html> (letzter Zugriff am 19.01.2006).

- Sachs, W. (1997): Sustainable Development. Zur politischen Anatomie eines internationalen Leitbildes. In: Brand, K.W (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen. S. 94-110.
- Sachs, W. (2002): Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie. Frankfurt/M.
- Scherhorn, G. (2001): Nachhaltigkeit und Kapitalismus. Ethische Reflexion ökonomischer Ziele. In: Altner, G.; Michelsen, G. (Hrsg.): Nachhaltigkeit und Ethik. Frankfurt. S. 134-154.
- Schulze, G. (2000): Kulissen des Glücks – Streifzüge durch die Eventkultur. Campus Verlag. Frankfurt a.M./ New York.
- Seel, B.; Stahmer, C. (Hrsg.) (1995): Haushaltsproduktion und Umweltbelastung - Ansätze einer Ökobilanzierung für den privaten Haushalt. Reihe Stiftung Der Private Haushalt, Band 24 (Ergebnisse des Hohenheimer Workshops, April 1994). Frankfurt/New York
- Sen, Amartya (1999): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München.
- Siebenhüner, B. (2001): Homo sustinens. Auf dem Weg zu einem Menschenbild der Nachhaltigkeit. Metropolis.
- SRU - Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1994): Umweltgutachten 1994. Stuttgart.
- SRU - Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (2002): Umweltgutachten 2002. Für eine neue Vorreiterrolle. Kurzfassung. März 2002. Berlin.
- Stahmer, C. (2005): Auf der Suche nach einer zukunftsfähigen Gesellschaft - Rückblick eines Gesamtrechners. Zentrum für interdisziplinäre Forschung - Universität Bielefeld. Bielefeld. Im internet unter: http://www.uni-bielefeld.de/ZIF/KG/2004Modellierung/Rueckblick_Stahmer.pdf (letzter Zugriff am 4.10.2006).
- Stichweh, R. (2004): Wirtschaftliche Entwicklung und Lebensqualität. Vortrag im Vereinsforum Chance Rontal. 15. Juni 2004, Root Längenbold.
- Umweltbundesamt (Hrsg.) (2002): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Zukunft dauerhaft umweltgerecht gestalten. Berlin.
- Vogel, B. (2004): Der Nachmittag des Wohlfahrtsstaats. Zur politischen Ordnung gesellschaftlicher Ungleichheit. In: Mittelweg. 36 4/2004. S.36-55.
- Volkert, J. et al (2003): Operationalisierung der Armut- und Reichtumsmessung. Schlussbericht an das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung. Als PDF un-

ter

http://www.bmg.bund.de/nn_603382/SharedDocs/Publikationen/Forschungsprojekte-Lebenslagen/a-322-10266,templateId=raw,property=publicationFile.pdf (letzter Zugriff am 5.10.2006).

Wehrspaun, M. (2001): Der Wandel der Umweltkommunikation als neue Herausforderung. In: UBA (Umweltbundesamt) (Hrsg.): Perspektiven für die Verankerung des Nachhaltigkeitsleitbildes in der Umweltkommunikation. Chancen, Barrieren und Potenziale der Sozialwissenschaften. Reihe Berichte 4/2001. Erich Schmidt-Verlag. Berlin. S.119-150.

Wehrspaun, M.; Eick, M.; Löwe, C.; Schlüns, J. (2005): Nachhaltigkeitspolitik, soziokultureller Wandel und Ökologische Gerechtigkeit (Problemaufriss zum UBA-WI-Fachgespräch am 12.5.05 „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit als neues Thema der Nachhaltigkeitsforschung“) Unveröffentlichtes Arbeitspapier.

Weidner, H. (2002): Gemeinwohl und Nachhaltigkeit – ein prekäres Verhältnis. Discussion Paper FS II 02-303. Berlin.

Wilke, G. (2003): Nachhaltige Wohlfahrt. Perspektiven nachhaltiger Lebensführung unter den Bedingungen sich wandelnder Sozialsysteme. Unveröffentlichte Projektskizze.

Wilke, G. et al. (2005): Weiterentwicklung und konzeptionelle Überlegungen zur Ökologischen Gerechtigkeit als Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland: Vorbereitungsworkshop. Schlussbericht. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Wuppertal.

World Health Organisation (WHO): The World Health Report 2002 - Reducing Risks, Promoting Healthy Life. Geneva.

Wollny, V. (1999): Nachhaltige Entwicklung – Sustainable Development: Eine kleine Einführung in ein komplexes Thema. Öko-Institut e.V.. Darmstadt:

Wuppertal Institut (Hg.) 2006: Fair Future. Begrenzte Ressourcen und Globale Gerechtigkeit. 3. Auflage. München.